



**DIE LINKE.**

Fraktion im Römer

Etatanträge 2009

# Konjunktur- und Sozialprogramm

- Kaufkraftstärkung für alle mit kleinem und mittlerem Einkommen
- Nachhaltige Umweltpolitik
- Ausbau des Nahverkehrs
- Solidarische Kommunalpolitik gegen Armut
- Einstieg in kommunale Vollbeschäftigung
- Bezahlbare Bildung
- Gerechte Lastenverteilung

## **Die Etatanträge für 2009**

### **Produktgruppe 10 Integration und Antidiskriminierung**

1. HIPPY - PROJEKT ausbauen statt kaputt sparen!
2. Lernhaus der Frauen braucht weitere Förderung

### **Produktgruppe 13 Stadtplanung**

3. Bezahlbarer Wohnraum für Frankfurt – 1.000 neue Wohnungen schaffen
4. Frankfurter Programm zur Förderung von neuem Wohnraum für selbst genutztes Wohneigentum erhöhen
5. Frankfurter Programm für familien- und seniorengerechten Mietwohnungsbau erhöhen

### **Produktgruppe 16 Nahverkehr und ÖPNV**

6. ÖPNV für alle I: Halbierung der Fahrpreise im ÖPNV in Frankfurt
7. ÖPNV für alle II: Ausbau des ÖPNV mit durchgehendem Nachtbusverkehr
8. ÖPNV für alle III: Ausbau des ÖPNV durch eine Straßenbahnringlinie
9. Aufstockung der Mittel zur Unterhaltung von städtischen Straßen und Wegen inklusive Verkehrsberuhigung
10. Transportsystem für den städtischen Lieferverkehr (City-Logistik)
11. Keine Mainbrücke-Ost
12. Lärmschutz 1: Einhausung A 661 realisieren
13. Lärmschutz 2: Anwohner sollen nicht für Lärmschutzmaßnahmen zahlen
14. Lärmschutz 3: Lärm macht krank – Lärmschutz muss ernst genommen werden
15. Umwidmung der Planungsmittel für den Mainfertunnel
16. Frankfurt fußgängerfreundlich gestalten

### **Produktgruppe 18 Soziales**

17. Solidarische Kommunalpolitik gegen Armut I: Weihnachtsbeihilfe für Bedürftige
18. Solidarische Kommunalpolitik gegen Armut II: Einmal wöchentlich freier Eintritt in alle Museen

19. Solidarische Kommunalpolitik gegen Armut IV: Generalüberholung des „Frankfurt Pass“- Angebots
20. Einstieg in das Projekt kommunale Vollbeschäftigung II: Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen! – Öffentlich gefördertes Beschäftigungsprogramm mit dauerhaften, tariflich bezahlten Arbeitsplätzen schaffen
21. Einstieg in das Projekt kommunale Vollbeschäftigung III: „Stadtteihelfer“ (ehemals „Ortsdiener“) in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln!
22. Förderbetrag für das Frankfurter Arbeitslosenzentrum e. V. (FALZ) auf 275.000 Euro (Personalkosten 235.000 Euro, Sachmittel 40.000 Euro) aufstocken
23. Erhalt des Nachbarschaftszentrums Ostend
24. Dem erhöhten Beratungsbedarf Rechnung tragen – Sach- und Personalkostenzuschuss für den Verein Frauen helfen Frauen e.V. erhöhen

### **Produktgruppe 19 Gesundheit**

25. Unterstützung von Präventionsarbeit mit übergewichtigen Kindern und Jugendlichen
26. Erhalt der Frankfurter Zeitschrift für Gemeindepsychiatrie
27. AIDS-Hilfe Frankfurt e.V. - Erhöhung der städtischen Förderung

### **Produktgruppe 20 Bildung**

28. Gegen Rassismus und Antisemitismus AKTIV eintreten!
29. Schulen der Chancengleichheit I: Unentgeltlicher Mittagstisch für alle Schülerinnen und Schüler
30. Schulen der Chancengleichheit II: Schulmittelfonds einrichten - Lernmittelfreiheit realisieren
31. Volkshochschule – Zuschuss erhöhen. KursleiterInnen brauchen dringend eine Erhöhung ihrer Honorare
32. Ballsporthalle in Höchst für Vereine und Schulen öffnen
33. Einstieg in das Projekt kommunale Vollbeschäftigung IV: Hausmeister für alle Schulen

### **Produktgruppe 21 Kultur, Freizeit und Sport**

34. Solidarische Kommunalpolitik gegen Armut III: Einrichtung einer „Frankfurter Kulturtafel“
35. Zuschüsse an die Saalbau für Vereinsveranstaltungen erhöhen
36. Zuschuss für den Philharmonischen Verein der Sinti und Roma
37. Erhöhung des jährlichen Zuschusses für die Ernst-May-Gesellschaft

### **Produktgruppe 22 Umwelt**

- 38. 20.000 Quadratmeter Solarzellen jährlich
- 39. Fassadenbegrünung und 1.000 Bäume für ein gutes Stadtklima
- 40. Die Zukunft des Frankfurter Stadtwaldes nachhaltig sichern

### **Produktgruppe 35 Zentrale Dienste**

- 41. Der Tag der Offenen Tür im Römer wird wieder eingeführt
- 42. Unterstützung für die Deutsche Gesellschaft für Mauersegler

### **Produktgruppe 98 Zentrale Finanzwirtschaft**

- 43. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird von 460 auf 490 Punkte angehoben

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **HIPPY - PROJEKT ausbauen statt kaputt sparen!**

**Produktbereich:** 10 Wahlen und übergeordnete Angelegenheiten  
**Produktgruppe:** 10.03 Integration und Antidiskriminierung

**Produktbereich:** 20 Bildung  
**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Im Jahre 2005 wurden in Frankfurt für die Sprachförderung, darunter auch das HIPPY - Projekt, insgesamt 505.339 Euro ausgegeben. Im Jahre 2006 reduzierte sich dieser Betrag auf 217.000 Euro. Das HIPPY - Projekt muss sofort mit 500.000 Euro gesondert unterstützt werden, um möglichst viele Kinder (MigrantInnen wie Deutsche) im Vorschulalter und deren Familien, die Unterstützung brauchen, zu erreichen.

**Begründung:** HIPPY bedeutet: Home Instruction for Parents of Preschool Youngsters.

Die PISA Studie hat gezeigt, dass in Deutschland die soziale Herkunft die Bildungschancen stark beeinflusst. So haben Kinder aus sozial benachteiligten Familien so gut wie keine Chance mehr einen weiterführenden Bildungsweg zu beschreiten. Hier setzt HIPPY an!

Das HIPPY - Programm unterstützt sozial benachteiligte Eltern dabei, ihre 4- und 6- jährigen Kinder zu Hause in der Entwicklung zu fördern. Diese Aktivitäten zu Hause ergänzen die Arbeit des Kindergartens mit dem Ziel, die Kinder fit für die Schule zu machen. Gleichzeitig werden die Eltern befähigt, sich aktiv am Bildungsprozess ihrer Kinder zu beteiligen.

Verschiedene Studien haben gezeigt, dass die Kinder aus Familien, die in den Genuss einer Förderung durch HIPPY kamen, ohne Schwierigkeiten und mit gutem Erfolg die Schule besuchen und dass die Eltern aktiv am Schulleben teilnehmen.

#### **Was leistet HIPPY:**

HIPPY ist Hilfe zu Selbsthilfe.

**Die Linke. Fraktion** im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)

Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)

Telefon (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

HIPPY fördert die kognitiven Fähigkeiten der Kinder und macht sie fit für die Schule.  
HIPPY fördert das Selbstbewusstsein der Kinder und deren Eltern.  
HIPPY verbessert deutlich die Sprachkenntnisse.  
HIPPY stärkt die Eltern-Kind Beziehung.  
HIPPY stabilisiert sozial benachteiligte Familien.  
HIPPY unterstützt Empowerment der Mütter.

Zurzeit werden in Frankfurt nur ca. 55 Familien erreicht. Dies ist eindeutig zu wenig. In anderen Städten wie z.B. Nürnberg werden ca. 250 Familien erreicht. Das Jahresbudget in Nürnberg allein für die frühkindliche Förderung beträgt ca. 450.000 Euro für das Jahr 2007. Mit 500.000 Euro könnten die beiden Träger in Frankfurt, AWO und AMKA, ca. 350 Familien ins Programm aufnehmen und ca. 15 Grundschulen mit Vorlaufkursen abdecken. In der Summe würden ca. 500 Familien erreicht.

Dieser präventive Ansatz verhindert Folgekosten im Bereich Kinder- und Jugendhilfe in Millionenhöhe. Mit 500.000 Euro könnte Frankfurt auch bundesweiter Modellstandort werden, an dem HIPPY für 3-Jährige durchgeführt wird.

Sachstand zurzeit ist z.B.: Der Träger AWO ist mit 45.000 Euro per anno mit diesem Programm in allen westlichen Stadtteilen aktiv. In Stadtteilen wie Höchst, Sossenheim, Unterliederbach mit vielen multiplen sozialen Problemlagen wirkt diese Summe wie eine Alibifunktion für die Stadt. Es ist kein Betrag für die notwendige Unterstützung.

Recherchen unsererseits haben ergeben, dass aus Spendenmitteln HIPPY bereits in Grundschulen modellhaft eingeführt wurde und ein großer Erfolg erzielt werden konnte. Entsprechende Schreiben der Schulen (Henri-Dunant-Schule, Albrecht Dürer Schule, Adolf Reichwein Schule...) liegen vor. Die Stadt Frankfurt weigerte sich damals (im Jahre 2004), trotz dieser Erfolge und der Bitten der Schuldirektoren diesen innovativen Ansatz zu unterstützen.

## **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Silke Seitz  
Stv. Udo Mack  
Stv. Zehra Ayyildiz

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Lernhaus der Frauen braucht weitere Förderung**

**Produktbereich:** 10 Wahlen und übergeordnete Angelegenheiten  
**Produktgruppe:** 10.04 Gleichberechtigung für BürgerInnen

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Zur Fortführung des Modellprojektes Lernhaus der Frauen stellt die Stadt Frankfurt am Main aus ihrem Etat 45.000 Euro zur Verfügung.

#### **Begründung:**

beramí berufliche Integration e.V. führte im Auftrag der Katholischen Fachhochschule NRW, Köln von Juli 2005 bis Juni 2008 das „Transkulturelle und interreligiöse Lernhaus der Frauen“, ein vom BMFSFJ gefördertes Modellprojekt durch. Damit ist Frankfurt (neben Berlin und Köln) einer von drei bundesweiten Standorten, an denen modellhaft ein Konzept zur Qualifizierung von „Kulturmittlerinnen“ entwickelt und erprobt wurde.

Frankfurt am Main erwies sich im Modellzeitraum des Projektes als idealer Standort. Laut Angaben des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten leben in Frankfurt am Main Menschen aus ca. 170 Nationen. In Frankfurt existieren ca. 130 religiöse Einzelgemeinden. Diese Vielfalt aus diversen Kulturen, Lebensentwürfen, Werten, Haltungen, politischen und religiösen Zuordnungen so zu gestalten, dass daraus ein Gewinn für alle in unserer Stadt lebenden Menschen wird, ist eine Herausforderung, die nur von allen hier lebenden Menschen gemeinsam bewältigt werden kann.

Das Lernhaus-Projekt leistet seinen Beitrag dazu mit der Qualifizierung von Kulturmittlerinnen, die an den Schnittstellen des Zusammenlebens tätig werden, z.B.:

- in Schulen und Kindertagesstätten
- in Krankenhäusern
- in Einrichtungen der Altenpflege
- in Stadtteilinitiativen
- in Jugendeinrichtungen
- in Kultureinrichtungen

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3** e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de) **Telefon (069) 95 92 909- 0**  
**60311 Frankfurt am Main** Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de) **Fax : (069) 95 92 909- 17**

- in der Politik etc.

In allen diesen Bereichen bildet sich die ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt Frankfurts ab. Menschen unterschiedlicher Prägungen und Zugehörigkeiten treffen hier aufeinander und sind konfrontiert mit zum Teil widersprüchlichen Bedürfnissen und Erwartungen. Kulturmittlerinnen können hier ihren Beitrag zur Integration leisten, indem sie mit ihrem erworbenen Wissen zu Verständnis und interkultureller Öffnung auf beiden Seiten beitragen.

**Die Ergebnisse aus dem Modellzeitraum** haben erkennen lassen, dass durch die Teilnahme an dem Projekt für viele Teilnehmerinnen ein Aktivierungsschub in Gang gesetzt wurde, der über die erwarteten Ergebnisse weit hinausging. Drei Frauen mit Berufsabschluss im kaufmännischen Bereich, die bis zu fünf Jahre arbeitslos waren, haben sich erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt beworben und berufliche Positionen erreicht, die sie sich vorher nicht zugetraut hätten. Eine Frau hat vor sechs Monaten zusätzlich berufs begleitend ein betriebswirtschaftliches Studium begonnen.

Für eine Teilnehmerin wurde eine feste und bezahlte Stelle als Kulturmittlerin in einem Frankfurter Gymnasium eingerichtet, ein Erfolg, mit dem berami selbst nicht gerechnet hat und der der Schulleitung des Gymnasiums und dem überzeugenden Konzept des Lernhausprojektes zu verdanken ist.

**Die bundesweite Abschlusstagung des Modellprojektes im Mai 2008** in Frankfurt brachte zahlreiche Interessenbekundungen von Vertretern weiterer Kommunen an dem Konzept hervor. Es zeigte sich, dass eine hohe Nachfrage nach Konzepten zur Integration vor Ort in den Kommunen besteht und dass das Lernhaus-Modell von vielen kommunalen Vertretern als geeignetes Instrument angesehen wird.

Diesem Interesse nachkommend veranstaltete berami e.V. **im November 2008 eine Folgetagung**, in der es darum ging, konkrete Schritte zur Implementierung der Lernhaus-Idee gemeinsam mit den Kommunen zu entwickeln und einen Prozess der bundesweiten Vernetzung anzustoßen.

Durch Umwidmung städtischer Zuwendungen über das Frauenreferat in Höhe von 30.000 Euro ist es gelungen, die Weiterarbeit bis 31.12.2008 zu sichern; dieser Betrag ist auch für die Fortführung in 2009 beantragt und ist vorbehaltlich der Bewilligung für die Fortsetzung in Aussicht gestellt, jedoch reicht das Volumen nicht aus, die Arbeit qualitativ und quantitativ weiterzuführen.

#### **Das Projekt:**

Die Idee des Lernhauses ist ein zukunftsweisendes Instrument, um eine tolerante, offene Einwanderungsgesellschaft mit zu gestalten. Es stärkt die Kommune und die Teilnehmenden gleichzeitig. Die Teilnehmerinnen eines Lernhauses bringen oft bereits fundierte Erfahrungen mit: Sie prägen in der Regel auf vielfältige Weise das Leben in ihrem „Mikrokosmos“ Familie, Schule, Verein etc. Sie werden durch das Lernhaus sensibilisiert und professionalisiert, um die Aufgaben als Kulturmittlerinnen bewusst wahrnehmen zu können. Eine entscheidende Qualifikation bringen alle Frauen mit: Sie sind hervorragende Netzwerkerinnen, was die Grundvoraussetzung ist, um den Lernhausgedanken zu verbreiten und das Lernhaus erfolgreich in der Kommune zu etablieren.

Das Lernhaus bildet die Strukturen und Gegebenheiten einer Kommune ab, die durch wirtschaftliche wie politische Einflüsse geprägt ist. Die Einbindung von Communities, Religionsgemeinschaften, sozialen Trägern, Bildungsträgern, ortsansässigen Wohlfahrtsverbänden, Erziehungsberatungsstellen, Migrantenselbsthilfeorganisationen u.v.a.m.



sind unverzichtbar für eine erfolgreiche Etablierung des Lernhauses in der Kommune. Sie bringen nicht nur langjährige Erfahrung und Know-how mit. Sie verfügen auch über interkulturelle Kompetenz, umfassendes Hintergrundwissen und eine Achtsamkeit gegenüber den kulturellen Besonderheiten, die mit den vielfältigen Kontakten verbunden sind. Hier sind die Multiplikatoren zu finden, die den Lernhausgedanken in alle Bereiche der Gesellschaft tragen können. Wie so oft hängt es von den vor Ort agierenden Persönlichkeiten ab, wie erfolgreich sich die Arbeit gestaltet.

**Ziele:**

18 Frauen werden innerhalb eines Zeitraumes von 2 Jahren zu „Kulturmittlerinnen“ weitergebildet mit dem Ziel, in unterschiedlichen Einsatzfeldern des zivilgesellschaftlichen Engagements qualifiziert tätig zu werden.

Darüber hinaus können die erworbenen Kompetenzen auch auf beruflicher Ebene eingesetzt werden (Methodenkompetenzen, interkulturelle Kompetenzen) bzw. erhöhen sie die Chancen auf adäquate Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt.

**Zielgruppe:**

- Erwachsene Frauen aller Altersgruppen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte (der Schwerpunkt liegt allerdings auf Migrantinnen) aus möglichst unterschiedlichen Herkunftsländern, mit breit gefächertem Spektrum aus religiösen und nicht- religiösen Überzeugungen, unterschiedlichen Bildungshintergründen und Berufserfahrungen, die sich aktiv in die Gestaltung ihres zivilen Umfeldes einbringen wollen.

Die Erfahrung aus der Modellphase 2005 bis 2008 hat gezeigt, dass die Entwicklung und der Lernfortschritt in der Gruppe am meisten davon profitiert, je mehr kulturelle, ethnische und religiöse Vielfalt vorhanden ist.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reiningger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Zehra Ayyildiz

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Silke Seitz

Stv. Udo Mack

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

### Bezahlbarer Wohnraum für Frankfurt – 1.000 neue Wohnungen schaffen

**Produktbereich:** 13      Stadtplanung  
**Produktgruppe:** 13.01      Stadtplanung

#### Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die ABG Frankfurt Holding wird beauftragt, im Jahr 2009 mit der Planung und dem Bau von 500 preisgünstigen Wohnungen zu beginnen. Die Anzahl der Wohnungsneubauten ist in den Folgejahren auf 1000 Einheiten pro Jahr zu steigern.
2. Die Wohnungen werden im Passivhausstandard gebaut.
3. Der anfängliche Mietzins darf 6,25 €/m<sup>2</sup> nicht übersteigen.
4. Die Stadt bezuschusst jede Wohnung mit 600 €/m<sup>2</sup>. Bei einer durchschnittlich 65 m<sup>2</sup> großen Wohnung entspricht dies einer Förderung von 39.000 Euro.
5. Die Stadt stellt Grundstücke auf Erbpachtbasis zur Verfügung, deren Erbpachtzins die Summe von 6 Euro pro Jahr und Quadratmeter Wohnfläche nicht übersteigt.
6. Die Stadt wirkt auf stadtnahe Stiftungen ein, der ABG Frankfurt Holding günstige Erbbaulflächen zur Verfügung zu stellen.
7. Der Magistrat konzipiert einen Bürgersparbrief zur Förderung preisgünstigen Wohnraums und zur Minderung der CO<sub>2</sub>-Emission.
8. Die Stadt Frankfurt am Main bürgt für Förderkredite der KFW-Bank (50.000 Euro je Wohnung), die von der ABG Frankfurt Holding zur Finanzierung preisgünstiger Passivhausbauten aufgenommen werden.
9. Für das Jahr 2009 werden 19,5 Millionen Euro und für die Folgejahre 39 Millionen Euro in den Etat eingestellt.

**Die Linke. Fraktion** im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)

Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)

Telefon (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

**Begründung:**

Eine der wichtigsten Aufgaben der städtischen und stadtnahen Wohnungsbaugesellschaften ist es, Bevölkerungsschichten, die nicht über mittlere und große Einkommen verfügen, mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Die Zahlen belegen, dass dieses politische Ziel die Frankfurter Wohnungsbaugesellschaften sowie die politisch Verantwortlichen vollkommen aus dem Blick verloren haben (s. z.B. Wohnungspolitische Leitlinien 2005; Amt für Wohnungswesen: Wohnungsmarkt Bericht 2007, Kommunale Wohnraumversorgung 2007).

Während sich die städtischen Vertreter mit hohen Neubauquoten brüsten, werden die Wartelisten bei dem Amt für Wohnungswesen immer länger. Weder braucht die Stadt neuen Wohnraum, dessen Kaltmieten bei 11 Euro pro Quadratmeter und mehr liegt, noch eine höhere Eigentumsquote.

Der vorliegende Antrag zeigt, dass es keiner übernatürlichen Anstrengungen bedarf jährlich 500 bis 1000 bezahlbare Wohnungen im Passivhausstandard zu bauen. Es bedarf nur des politischen Willens.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reiningger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Silke Seitz

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Udo Mack

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

### **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

#### **Frankfurter Programm zur Förderung von neuem Wohnraum für selbst genutztes Wohneigentum erhöhen**

**Produktbereich:** 13 Stadtplanung

**Produktgruppe:** 13.01 Stadtplanung

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Kreditsumme für Förderkredite für das Jahr 2009 und 2010 wird auf 20 Millionen Euro festgesetzt.

Für einen Neubaubeginn im Jahre 2009 wird ein Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro je Wohneinheit gewährt.

Für einen Neubaubeginn bis 30.06.2010 wird ein Zuschuss in Höhe von 3.000 Euro je Wohneinheit gewährt.

Die dafür notwendigen Mittel werden in den Haushalt eingestellt

#### **Begründung:**

Der Zuschuss bietet einen Anreiz im Jahr 2009 oder im Jahr 2010 mit dem Bau zu beginnen. Die Konjunktur kann mit diesem Programm angekurbelt werden.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Silke Seitz

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Udo Mack

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

### **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

#### **Frankfurter Programm für familien- und seniorengerechten Mietwohnungsbau erhöhen**

**Produktbereich:** 13 Stadtplanung  
**Produktgruppe:** 13.01 Stadtplanung

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Kreditsumme für Baukredite für das Jahr 2009 und 2010 wird auf 20 Millionen Euro festgesetzt.

Für einen Neubaubeginn im Jahre 2009 wird ein Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro je Wohneinheit gewährt.

Für einen Neubaubeginn bis 30.06.2010 wird ein Zuschuss in Höhe von 3.000 Euro je Wohneinheit gewährt.

Die dafür notwendigen Mittel werden in den Haushalt eingestellt

#### **Begründung:**

Der Zuschuss bietet einen Anreiz im Jahr 2009 oder im Jahr 2010 mit dem Bau zu beginnen. Die Konjunktur kann mit diesem Programm angekurbelt werden.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:  
Stv. Silke Seitz  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Udo Mack  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Zehra Ayyildiz

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3** e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de) **Telefon (069) 95 92 909- 0**  
**60311 Frankfurt am Main** Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de) **Fax : (069) 95 92 909- 17**



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

### ÖPNV für alle I: Halbierung der Fahrpreise im ÖPNV in Frankfurt

**Produktbereich:** 16 Nahverkehr und ÖPNV  
**Produktgruppe:** 16.11 Förderung Öffentlicher Personennahverkehr

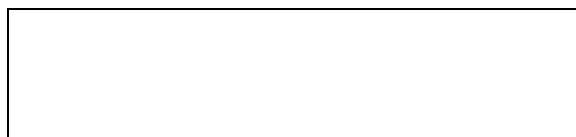
#### Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Fahrpreise im ÖPNV für das Tarifgebiet der Stadt Frankfurt (Tarifzone 50) werden zum Inkrafttreten des Jahresfahrplans 2009/2010 halbiert. Der Halbierung zugrunde liegt der Tarif vom 31.12.2008. Der Magistrat wird beauftragt, eine diesbezügliche Vereinbarung mit den Gremien des RMV zu treffen.
2. Der Magistrat bestellt über die traffiQ bei der VGF ab dem Jahresfahrplan 2009/2010 eine Erhöhung des Leistungsangebotes im Verkehrsgebiet der Stadt Frankfurt am Main (RMV Zone 50). Dieser Mehrbedarf ergibt sich aus der zu erwartenden Nachfragesteigerung um ca. 30 Prozent.

#### Begründung:

Alle Frankfurter müssen die Möglichkeit haben, den ÖPNV zu nutzen. Die Frankfurter Fahrpreise sind im bundesweiten Vergleich mit die teuersten. Ohne ausreichende Mobilität ist eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht möglich. Das Recht auf Mobilität muss auch für die Menschen mit kleinen Einkommen sichergestellt werden und ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Für viele Menschen in Frankfurt ist der ÖPNV als Alltagsverkehrsmittel allerdings nicht mehr finanzierbar. Bei 4,60 Euro für eine Hin- und Rückfahrt mit dem ÖPNV im Tarifgebiet 50 oder 72,90 Euro für eine Monatskarte ist die Fahrt mit dem Bus oder der Bahn für Bezieher niedriger Einkommen wie Arbeitslose oder Rentner, aber auch für Geringverdiener jedoch oft eine Entscheidung zwischen der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben oder dem Kauf existenzieller Güter.

Das Hauptziel der Kommunen als Aufgabenträger ist es bisher nicht, möglichst vielen Menschen die Nutzung des ÖPNV zu ermöglichen. Ihnen geht es um eine möglichst hohe Kostendeckung:



**Die Linke. Fraktion im Römer**

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)

Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)

Telefon (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

auf wenigen Strecken sollen möglichst viele Menschen gewinnbringend transportiert werden. Darüber hinaus werden auf bundespolitischer Ebene die Regionalisierungsmittel zum Ausbau der Infrastruktur des ÖPNV zusammengestrichen mit der Folge, dass das Umland von den Zentren abgehängt wird. Die Beiträge des ÖPNV zum Umweltschutz und seine gesellschaftlichen Aufgaben bleiben dabei unberücksichtigt. Die Stadt Frankfurt ist dazu aufgefordert ihre neoliberale Preispolitik zu ändern. Die Bundesmittel müssen wieder aufgestockt werden.

Auch unter umweltpolitischen Gesichtspunkten ist die Halbierung der Fahrpreise im ÖPNV notwendig, weil mehr Menschen mit Bus oder Bahn fahren würden, wenn die Fahrkarten günstiger wären. Denn auch mit dem Nahverkehr in Frankfurt ist man flexibel, sodass er verstärkt durch Berufstätige genutzt werden würde. Wer im Berufsverkehr statt des eigenen Autos den Linienbus nimmt, vermeidet 90 Prozent des Kohlendioxids, das bei der Bewältigung der Strecke anfällt (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen, VDV, laut Berliner Morgenpost online vom 05.01.2008). Ein Bus verbraucht laut VDV je 100 Kilometer und Fahrgast rund zwei Liter Diesel, während der Durchschnittsverbrauch der Autos gegenwärtig bei 6,6 Liter rangiert. Säßen zwei Personen im Wagen, fiel die Bilanz des Autos besser aus; statistisch gesehen sind es aber nur 1,2 Personen.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Udo Mack

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Silke Seitz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **ÖPNV für alle II: Ausbau des ÖPNV mit durchgehendem Nachtbusverkehr**

**Produktbereich:** 16 Nahverkehr und ÖPNV  
**Produktgruppe:** 16.11 Förderung Öffentlicher Personennahverkehr

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Im Stadtgebiet Frankfurt wird auf allen Linien ein täglicher Nachtbusverkehr eingeführt. Der Magistrat bestellt über die traffiq bei der VGF ab dem Jahresfahrplan 2009/2010 eine entsprechende Ausweitung des Leistungsangebots.

#### **Begründung:**

Ein stadtweiter Nachtbusverkehr ist notwendig, damit auch Berufspendler im Schichtdienst den ÖPNV nutzen können. Nur wenn das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln umfassend ist, kann in der Frankfurter Bevölkerung ein Umdenken weg vom Auto hin zum ÖPNV erreicht werden.

Frankfurt ist eine Stadt mit einem extrem hohen Pendleraufkommen, der Großteil der Pendler kommt im eigenen PKW. Die daraus resultierende Schadstoff- und Lärmbelastung für die Bevölkerung ist nicht länger hinnehmbar. Zudem ist die Stadt Frankfurt gezwungen die gesetzlichen Vorgaben zur Schadstoff- und Lärmbelastung einzuhalten. Klimaschutz und Schutz der Bevölkerung vor den gesundheitlichen Schäden der Verkehrsbelastung muss oberstes Gebot sein.

Statt auf weitere Infrastrukturmaßnahmen wie z.B. die EZB-Brücke, die Untertunnelung der Mainuferstraße oder den Ausbau der A 661 zu setzen, die eine Erhöhung des PKW- und LKW-Verkehrs zur Folge haben, muss alles getan werden, diese Vorhaben, die zum Teil auf Jahrzehnte alten und völlig überholten Planungen beruhen, zu stoppen. Ein Ausbau des ÖPNV, sowohl quantitativ als auch qualitativ, ist die einzige Möglichkeit, ein Umsteigen vom Auto auf den ÖPNV attraktiv zu machen.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

*Die Linke. Fraktion im Römer*

Bethmannstraße 3 e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de) Telefon (069) 95 92 909- 0  
60311 Frankfurt am Main Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de) Fax : (069) 95 92 909- 17



AntragstellerInnen:

Stv. Udo Mack

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Silke Seitz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

### ÖPNV für alle III: Ausbau des ÖPNV durch eine Straßenbahnringlinie

**Produktbereich:** 16 Nahverkehr und ÖPNV  
**Produktgruppe:** 16.11 Förderung Öffentlicher Personennahverkehr

#### Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Mit dem weiteren Ausbau der Straßenbahn-Ringlinie wird im kommenden Jahr fortgefahren. Die entsprechenden Mittel dafür werden in den Haushalt 2009 eingestellt.
2. Die Anwohner entlang der entsprechenden Streckenabschnitte werden im Vorfeld über die Planung und den Streckenverlauf informiert und in die Diskussion eingebunden, damit sie sich von dem Sinn und Nutzen des zusätzlichen Angebots überzeugen können.

#### Begründung:

Die Straßenbahn-Ringlinie wird von der Mehrheit des Stadtparlaments befürwortet. Seit 2005 ist sie Bestandteil des Gesamtverkehrsplans. Ihr Ausbau muss nach dem ersten Teilstück in der Stresemannallee zügig fortgesetzt werden, damit die Bevölkerung in den Randbezirken Frankfurts eine bestmögliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr hat. Angesichts der schnell zunehmenden Schäden an unserer Umwelt wie Klimaveränderungen und die Vernichtung von Lebensraum für Mensch, Tier und Natur darf die Straßenbahn-Ringlinie nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Wir alle erinnern uns an die Auseinandersetzungen, die es im Frühjahr 2008 zwischen Befürwortern und Gegnern des Straßenbahnausbaus in der Stresemannallee gab. Damit so etwas nicht wieder vorkommt, die Bürger aber trotzdem bessere Chancen auf einen Umstieg auf den ÖPNV bekommen, sollen sie frühzeitig in die Planungen einbezogen werden.

*Die Linke. Fraktion* im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)

Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)

Telefon (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger

Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Udo Mack

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Silke Seitz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

### **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

#### **Aufstockung der Mittel zur Unterhaltung von städtischen Straßen und Wegen inklusive Verkehrsberuhigung**

**Produktbereich:** 16 Nahverkehr und ÖPNV  
**Produktgruppe:** 16.03 Verkehrsanlagen

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Die Mittel zur Unterhaltung der städtischen Straßen und Wegnetzes werden auf 1,30 €/qm erhöht.
2. Bevor Straßen saniert werden, soll geprüft werden, inwieweit verkehrsberuhigende Maßnahmen möglich sind.

#### **Begründung:**

Frankfurts Straßen sind teilweise in einem beklagenswerten Zustand. Für die Unterhaltung standen bisher ca. 0,77 €/qm jährlich zur Verfügung. Die Forschungsanstalt für Straßen- und Verkehrswesen hält allein zur Substanzerhaltung 1,30 €/qm jährlich für erforderlich. Trotzdem sind im Rahmen der Haushaltskonsolidierung die veranschlagten Mittel nochmals reduziert worden. Diese Reduzierung muss zurückgenommen werden und auf 1,30 €/qm erhöht werden um langfristig größere Schäden und Folgekosten zu vermeiden.

Der Bau verkehrsberuhigter Straßen in Frankfurt ist mehr denn je geboten. Mit immer größerer Geschwindigkeit rasen die Autos über die breiten Straßen der Großstadt. So stieg die Zahl der Straßenverkehrsunfälle von 1995 bis 2009 von 15.400 auf 17.159 jährlich, das entspricht einer Steigerung um 1759, das sind 10,25 Prozent. Dabei wurden insgesamt 32.394 Menschen verletzt, 236 davon starben.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Udo Mack

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Silke Seitz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

### Transportsystem für den städtischen Lieferverkehr (City-Logistik)

**Produktbereich:** 16 Nachverkehr und ÖPNV  
**Produktgruppe:** 16.12 Verkehrsplanung

#### Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat gibt eine Machbarkeitsstudie für ein organisiertes städtisches Liefersystem für den Güterverkehr (City-Logistik) in Auftrag. Die entsprechenden Mittel dafür werden in den Haushalt eingestellt.

#### Begründung:

Ziel einer City-Logistik ist es, die Zahl der Last- und Lieferwagen für den innerstädtischen Güterverkehr zu reduzieren und dadurch die Umwelt sowie die Einwohner Frankfurts von schädlichen Abgasen zu entlasten. Mit der Machbarkeitsstudie soll herausgefunden werden, inwieweit sich ein Konzept der City-Logistik in Frankfurt installieren lässt. Dass ein organisiertes Liefersystem in Großstädten prinzipiell machbar ist, geht aus der Publikation des Deutschen Städtetages „Leitfaden City-Logistik – Erfahrungen mit Aufbau und Betrieb von Speditionskooperationen“ vom September 2003 hervor.

Insbesondere in den Städten empfinden die Bewohner anliefernde Lastwagen als störend. Die LKWs blockieren Straßen, wenn sie in der zweiten Reihe parken, wodurch der Verkehr sich staut. Auch wenn sie sich in den fließenden Verkehr einfädeln wollen, kommt es zu Stockungen. Die Abgase der LKWS tragen mit dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß dazu bei, das Klima zu verschlechtern. Für die Bewohner bedeuten Lärm und Umweltverschmutzung objektiv und subjektiv eine Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität.

*Die Linke. Fraktion* im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)

Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)

Telefon (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Udo Mack

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Silke Seitz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Keine Mainbrücke-Ost**

**Produktbereich:** 16 Nahverkehr und ÖPNV  
**Produktgruppe:** 16.03 Verkehrsanlagen

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die über 70 Millionen Euro Planungsmittel für die EZB-Brücke (neue Mainbrücke im Frankfurter Ostend) werden aus dem Haushalt gestrichen. Die Brücke wird nicht gebaut.

#### **Begründung:**

Der Bau der neuen Mainbrücke würde nicht nur zu starken Umweltbelastungen führen, sondern auch die Mainauen mit ihrem Erholungs- und Erlebnischarakter unwiederbringlich zerstören. Die neue Brücke soll vor allem der Fortbewegung mit dem Auto dienen. Damit würden die zaghafte Bemühungen der Stadt Frankfurt, die Einwohner sowie Berufspendler zum Umsteigen auf den ÖPNV zu bewegen, von ihr selbst konterkariert.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reiningger  
Fraktionsvorsitzender

#### **AntragstellerInnen:**

Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Silke Seitz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Zehra Ayyildiz

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3** e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de) **Telefon (069) 95 92 909- 0**  
**60311 Frankfurt am Main** Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de) **Fax : (069) 95 92 909- 17**





Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Lärmschutz 1: Einhausung A 661 realisieren**

**Produktbereich:** 16 Nahverkehr und ÖPNV  
**Produktgruppe:** 16.03 Verkehrsanlagen

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Die Planungsmittel für die Einhausung der BAB 661 werden von der Stadt in den Haushalt eingestellt, sofern Bund und Land nicht für die Kosten herangezogen werden können. Hierfür prüft der Magistrat alle rechtlichen Voraussetzungen.
2. Die Einhausung wird entlang des kompletten Ausbaus der A 661 innerhalb des Stadtgebiets gebaut, sodass die Anwohner entsprechend den Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes vor Lärm geschützt werden.

#### **Begründung:**

Die Verantwortung für den Lärm haben die Autofahrer und der Bund, nicht die Anwohner. Folgerichtig muss der Bund für die Kosten des Lärmschutzes aufkommen. Die Stadt Frankfurt wiederum trägt die Verantwortung für die Gesundheit und den Schutz der Bürger vor Autolärm. Deshalb muss sie für die Kosten aufkommen, wenn es keine Möglichkeit gibt, das Geld vom Bund zu bekommen.

Es kann nicht sein, dass dem motorisierten Individualverkehr mehr und mehr Raum und Geld zugestanden wird, währenddessen die Gesundheit der Menschen in den Hintergrund gedrängt wird. Die Machbarkeitsstudie „Einhausung BAB 661“ von Krebs und Kiefer hat eindeutig gezeigt, dass Lärmschutz nur mit einer Einhausung über die komplette Länge des Ausbaus gewährleistet werden kann. Wenn schon mit dem Ausbau der BAB 661 eine noch breitere Schneise für die Umweltverschmutzung geschlagen werden soll, dann sollen zumindest die Anwohner den besten Lärmschutz erhalten. Nur damit wird der Verantwortung Rechnung getragen, die die Politik gegenüber den Bürgern hat.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger

Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Udo Mack

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Silke Seitz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

### Lärmschutz 2: Anwohner sollen nicht für Lärmschutzmaßnahmen zahlen

**Produktbereich:** 16 Nahverkehr und ÖPNV  
**Produktgruppe:** 16.01 Erschließung

#### Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für die Lärmschutzwand entlang der A 661 im Bereich Frankfurter Berg und Frankfurter Bogen wird aufgehoben.
2. Die Mittel für die entstehende Finanzierungslücke werden in den Haushalt eingestellt.
3. Die Bürger werden jetzt und auch zukünftig nicht zur Finanzierung von Lärmschutzmaßnahmen herangezogen. Bereits gezahlte Beträge werden zurückerstattet.

#### Begründung:

Es widerspricht jedem normalen Rechtsempfinden, wenn nicht die Verursacher einer Belästigung zur Kasse gebeten werden sollen, sondern die leidtragenden Bürgerinnen und Bürger. Für viele der Anwohner würde die Lärmschutz-Abgabe eine kaum zu tragende finanzielle Last bedeuten. Dazu kommt, dass die Lärmschutzwand an der A 661 noch nicht einmal den gewünschten Effekt hat. Etliche der Frankfurter in den Stadtteilen Frankfurter Berg und Preungesheim (Frankfurter Bogen) klagen weiterhin über zu lauten Autolärm. Die Anwohner müssten also völlig umsonst für eine vor acht Jahren erbrachte Leistung zahlen. Folgt man der Argumentation des stellvertretenden Leiters des Amtes für Straßenbau und Erschließung, müssten die Anwohner ohnehin von den Zahlungen ausgenommen werden. „Beitragspflichtig ist, wer einen Vorteil von der Wand hat“, zitiert ihn die Frankfurter Neue Presse vom 30.10.2008.

Es widerspricht außerdem dem Verständnis von einer ökologischen und lebenswerten Umwelt, dass dem motorisierten Straßenverkehr zunehmend mehr Platz eingeräumt wird und der Lebensraum der Menschen im Gegenzug zurückgedrängt wird. Die Stadt Frankfurt muss deshalb ihr Möglichstes dazu tun, dass die Einwohner nicht auch noch zusätzlich für eine Verschlechterung ihrer Lebensqualität zahlen müssen.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)

Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)

Telefon (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

## **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger

Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Udo Mack

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Silke Seitz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Lärmschutz 3: Lärm macht krank – Lärmschutz muss ernst genommen werden**

**Produktbereich:** 16 Nahverkehr und ÖPNV  
**Produktgruppe:** 16.01 Erschließung

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. In den Haushalt 2009 werden ausreichend Finanzmittel eingestellt, damit die erforderlichen Lärminderungspläne (die laut BimSchG bis spätestens 18.07.2008 zu erarbeiten waren) für alle Stadtteile bis Ende 2009 erarbeitet werden können.
2. Zur Umsetzung der in den Lärminderungsplänen empfohlenen Maßnahmen werden in den Haushalt 2009 erstmals Finanzmittel für den aktiven und passiven Lärmschutz eingestellt. Die Mittel sind fortzuschreiben.
3. Lärmschutz ist eine komplexe Aufgabe und ein Querschnittsthema. Die Stadt Frankfurt richtet daher eine Koordinationsstelle für den Lärmschutz ein. In den Haushalt 2009 werden die dafür notwendigen Gelder für Personal und Sachmittel eingestellt.

#### **Begründung:**

Lärm, insbesondere Verkehrslärm, stellt für immer mehr Menschen in der Stadt eine massive Beeinträchtigung der Lebensqualität und zunehmend eine ernsthafte Gesundheitsgefährdung dar. Ein Großteil des Umgebungslärmes in der Stadt ist Verkehrslärm. Eindrucksvoll belegt dies auch die Lärmkartierung des Stadtgebietes. Bundesweite Befragungen belegen, dass sich ca. 65 Prozent der Menschen durch Straßenverkehrslärm belästigt fühlen. In den südlichen Frankfurter Stadtteilen ist die Beeinträchtigung durch den Fluglärm besonderes schwerwiegend (s. z.B. den *Ergebnisbericht Lärminderungsplanung Schwanheim und Goldstein 2006*). Nachgewiesen sind zahlreiche Krankheitsbilder, die durch Lärm ausgelöst werden, von Konzentrationsschwächen und Schlaflosigkeit über Schwerhörigkeit bis hin zu Herz-Kreislaufkrankungen.

Der Schutz der in der Stadt lebenden und arbeitenden Menschen vor Lärm ist daher eine der vordringlichsten Aufgaben. In den nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BimSchG) bis spätestens 18.07.2008 zu erarbeitenden Lärminderungsplänen sind Maßnahmen zur

Eindämmung des Umgebungslärms aufzuführen. Sie sind die planerische Grundlage für den Lärmschutz. Für einzelne Frankfurter Stadtteile (z.B. Höchst, Unterliederbach, Oberrad, Riederwald u.a.) sind diese Informationen vom städtischen Umweltamt bereits erarbeitet worden. Die Frankfurter Lärminderungspläne dokumentieren unmittelbar die Notwendigkeit zum Handeln. Maßnahmen zur Verminderung des Lärms, wie z.B. Geschwindigkeitsbegrenzungen, Lärmsanierung („leiser“ Straßenbelag), Lärmschutzpflanzungen und bauliche Lärmschutzmaßnahmen kosten Geld. Sollen die Lärmkartierung und die erarbeiteten Lärminderungspläne nicht folgenlos bleiben, muss der Magistrat entsprechende Mittel für passiven wie auch aktiven Lärmschutz in den Haushalt einstellen.

Auch im Bereich der Stadt- und Bauplanung, des Gebäudemanagements sowie administrativ stehen wir in Sachen Lärmschutz vor komplexen Aufgaben. Lärmschutz ist ein Querschnittsthema und es bedarf der Ressort übergreifenden Koordination von Maßnahmen gegen den Lärm. Hierfür fordert DIE LINKE. im Römer die Einrichtung einer Koordinationsstelle für den Lärmschutz.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Silke Seitz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Umwidmung der Planungsmittel für den Mainuertunnel**

**Produktbereich:** 16 Nahverkehr und ÖPNV

**Produktgruppe:** 16.03 Verkehrsanlagen

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die für die Planung eines Tunnels zwischen Alter Brücke und Untermainbrücke/ nördliche Mainuferstraße eingestellten Mittel werden umgewidmet. Statt eines aberwitzigen und teuren Tunnels sollen die Planungsmittel eingesetzt werden, um

- a) eine Sperrung der nördlichen Mainuferstraße und ein weiträumiges Umfahrungskonzept zu entwickeln, und
- b) ein Gestaltungskonzept für eine Promenade auf diesem Straßenabschnitt auszuarbeiten.

#### **Begründung:**

Frankfurt braucht kein Parkhaus unter dem Main, also auch keine Zufahrt dafür. Der Tunnel wäre der Anfang.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Udo Mack

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Silke Seitz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Frankfurt fußgängerfreundlich gestalten**

**Produktbereich:** 16 Nahverkehr und ÖPNV

**Produktgruppe:** 16.12 Verkehrsplanung

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Das Handlungskonzept des erfolgreichen Pilotprojektes „Nahmobilität Nordend“ wird auf andere Stadtteile bedarfsorientiert übertragen.
2. Zu diesem Zweck werden die dafür notwendigen Mittel in Höhe von 3 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt.

#### **Begründung:**

Das Pilotprojekt „Nahmobilität Nordend“ ist angelaufen. Die Resonanz bei vielen Bürgern in diesem Stadtteil ist so positiv, dass das Konzept auch auf andere Stadtteile übertragen werden soll. Zu Fuß gehen ist die umweltfreundlichste Fortbewegungsart. Nahezu ein Drittel aller Wege in der Stadt werden zu Fuß zurückgelegt. Der hohe Anteil und die hohe Bedeutung des Fußgängerverkehrs sollen durch das Ausweiten dieses Konzeptes unterstützt werden. Das umso mehr, als dass die Fußgänger in der Vergangenheit durch die Politik nicht entsprechend berücksichtigt wurden. Deshalb ist die Situation für sie in Frankfurt heute vielerorts unbefriedigend. Explizites Ziel ist es, auf den nun vorliegenden positiven Erfahrungen im Nordend aufzubauen und zu einer sinnvollen gesamtstädtischen Umsetzung zu gelangen. Die Stadtverordnetenversammlung hat mit dem Gesamtverkehrsplan eine konsequente Förderung des Fußgängerverkehrs beschlossen. Dieser Beschluss ist zügig und konsequent umzusetzen. Eine fußgängerfreundliche Stadt ist ein Stück Lebensqualität.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**



**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger

Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Udo Mack

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Silke Seitz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

**Solidarische Kommunalpolitik gegen Armut I:  
Weihnachtsbeihilfe für Bedürftige**

**Produktbereich:** 18 Soziales  
**Produktgruppe:** 18.01 Zuschüsse

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Stadt Frankfurt gewährt ab dem Jahr 2009 eine freiwillige soziale Leistung in Form einer Weihnachtsbeihilfe, als „zweckbestimmte Einnahme“ gemäß SGB II, § 11, Absatz 3, Ziffer 1a und als „Zuwendungen“ gemäß SGB XII, § 84, Ziffer 2, für:

- Bezieher/innen von Grundsicherung nach dem SGB XII,
- Empfänger/innen von ALG II nach dem SGB II,
- Heimbewohner/innen, die Taschengeld nach dem SGB XII erhalten.

Die Weihnachtsbeihilfe beträgt für:

Haushaltsvorstand	100,00 Euro
Haushaltsangehörige	80,00 Euro
Heimbewohner / Pflegebedürftiger	100,00 Euro

Hierfür wird ein Betrag von 4,5 Millionen Euro aus den laufenden Überschüssen in den Haushalt eingestellt. Die Sozialämter und ARGEn werden angewiesen diese zweckbestimmten freiwilligen sozialen Leistungen nicht auf die Transferleistungen nach SGB II und SGB XII anzurechnen.

**Begründung:**

Der dramatische Anstieg der Kinder- und Altersarmut in Frankfurt in Folge der Umsetzung der sog. Sozialreformen ist ein nicht länger hinnehmbarer Zustand. Insbesondere nicht in einer so reichen Stadt wie Frankfurt am Main.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

Durch die Novellierung von SGB II und XII („Hartz-IV-Gesetze“) sind seit dem 1. Januar 2005 Weihnachtsbeihilfen in diesen Bereichen weggefallen, die Kommunen haben jedoch die Möglichkeit, solche Beihilfen auf freiwilliger Basis, gemäß SGB II, § 11, Absatz 3, Ziffer 1a (zweckbestimmte Einnahmen) und SGB XII, § 84, Ziffer 2 (Zuwendungen) zu gewähren.

Die Gewährung der vorgeschlagenen Weihnachtsbeihilfe ist aus drei Gründen dringend geboten:

- Die Regelsätze nach SGB II und SGB XII gewähren einen Lebensstandard, der sich – nach Untersuchungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes - deutlich unter dem Existenzminimum bewegt. Zusätzliche Ausgaben, wie sie insbesondere in der Weihnachtszeit aus Gründen der Teilhabe am soziokulturellen Leben anfallen, sind darin nicht berücksichtigt. Die Besorgung kleinerer Geschenke für Familienangehörige oder Freunde und Bekannte ist ebenso unmöglich wie ein den Festtagen angemessenes Familienessen oder auch nur ein Weihnachtsbaum.
- Seit nunmehr einer halben Dekade gibt es „Nullrunden“ bei der Rentenanpassung bzw. decken die aktuellen „Erhöhungen“ nicht einmal annähernd die Inflationsrate ab. Immer mehr Frankfurter Rentnerinnen und Rentner, insbesondere in Alten- und Pflegeheimen, sind deshalb häufig nicht mehr in der Lage, das Weihnachtsfest angemessen zu feiern.
- Alle Untersuchungen zeigen, dass die unteren Einkommenschichten ihre Einnahmen vollständig konsumtiv einsetzen. Die Weihnachtsbeihilfe wird daher von den Begünstigten unmittelbar für den vorweihnachtlichen Konsum verwendet werden und somit dringend nötige konjunkturelle Impulse für die Binnennachfrage setzen. Neben den Leistungsempfängern würde somit auch der Frankfurter Einzelhandel von einer solchen außerordentlichen Beihilfe profitieren.

## **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reiningger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Silke Seitz  
Stv. Udo Mack  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Zehra Ayyildiz

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

**Solidarische Kommunalpolitik gegen Armut II:  
Einmal wöchentlich freier Eintritt in alle Museen**

**Produktbereich:** 18 Soziales

**Produktgruppe:**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Frankfurter Museen bieten an einem festzulegenden Tag in der Woche freien Eintritt an.

**Begründung:**

Für viele Menschen mit geringem Einkommen, besonders für Familien, ist der Eintritt in die Museen oftmals unerschwinglich. Das Erleben und die Beschäftigung mit Kunst und Kultur haben für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern einen nicht zu unterschätzenden positiven Einfluss. Deshalb muss es Ziel einer sozialen Stadt sein, Kindern und ihren Eltern unabhängig von ihrem Einkommen Museumsbesuche zu ermöglichen.

Der Wunsch nach Teilhabe an der Vielfalt des Frankfurter Kulturangebots ist für viele Menschen, selbst mit den 50-prozentigen Vergünstigungen des Frankfurt-Passes, finanziell nicht zu verwirklichen, obwohl ein unvermindert großes Bedürfnis danach besteht. Hinzu kommt, dass nicht alle dazu Berechtigten einen Frankfurt-Pass besitzen und viele Menschen vom Frankfurt-Pass ausgeschlossen werden, deren Einkommen nur geringfügig über der festgelegten Einkommensgrenze liegt. In einer Stadt, die ihre soziale Aufgabe ernst nimmt, sollte aber jeder Mensch die Möglichkeit haben, sein Leben durch die Auseinandersetzung und die Beschäftigung mit Kunst zu bereichern und zu gestalten.

Kulturelle Teilhabe hat auch einen unbestreitbar positiven Einfluss auf den gesundheitlichen Status der Betroffenen, durch den Abbau von Depressionen, das Aufbrechen von Isolation und die Milderung anderer psychosozialer Symptome infolge kultureller und sozialer Ausgrenzung.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

Auch für die Museen kann es eine lohnende Angelegenheit sein, auch jenen Menschen, die sich Museumsbesuche sonst nicht leisten könnten, Kultur nahe zu bringen. Mehr Museumsbesucher bedeuten auch mehr Öffentlichkeit und mehr Beachtung zukünftiger Ausstellungen.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Silke Seitz  
Stv. Udo Mack  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

**Solidarische Kommunalpolitik gegen Armut IV:  
Generalüberholung des „Frankfurt Pass“- Angebots**

**Produktbereich:** 18 Soziales  
**Produktgruppe:** 18.01 Zuschüsse

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Das Leistungsangebot des Frankfurt- Passes wird ausgeweitet, die entsprechenden Mittel werden in den Haushalt eingestellt. Die Einkommensgrenzen für den Erhalt des Frankfurt-Passes werden der allgemeinen Preisentwicklung angepasst und deshalb um 25 % angehoben. Im Einzelnen:

1. Anpassung der Einkommensgrenzen:

Die derzeitigen Einkommensgrenzen werden um 25 % erhöht:

1-Personenhaushalt von 869,00 Euro netto auf 1087 Euro  
2-Personenhaushalt von 1.125,00 Euro netto auf 1407 Euro  
3-Personenhaushalt von 1.380,00 Euro netto auf 1725 Euro  
4-Personenhaushalt von 1.636,00 Euro netto auf 2045 Euro  
5-Personenhaushalt von 1.892,00 Euro netto auf 2287 Euro

und erhöhen sich für jedes weitere Mitglied der Haushaltsgemeinschaft von derzeit 256,00 Euro auf 320,00 Euro netto.

2. Ausweitung des Leistungsangebots

Für Inhaber des „Frankfurt-Passes“ sind folgende Angebote grundsätzlich kostenfrei:

- a) Der Eintritt in alle städtischen Museen und Ausstellungen.
- b) Der Eintritt in alle Einrichtungen des Breitensports, etwa städtische Schwimmbäder.
- c) Alle Kursangebote der Volkshochschule.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

Zudem gelten deutlich verbilligte Angebote für:

- a) den Eintritt in alle Einrichtungen der städtischen Bühnen, inkl. Alte Oper für alle Aufführungen.
- b) Zeitkarten im Bereich der Stadt Frankfurt Tarifbereich 50 gemäß dem im ALG II-Regelsatz vorgesehenen Kostenanteil für die Teilnahme am ÖPNV.

### **Begründung:**

Zu 1: Die seit Jahren überfällige Anhebung der Einkommensgrenzen beträgt nach dieser Rechnung 25 %. Das trägt den gestiegenen Mieten, den allgemein gestiegenen Lebenshaltungskosten in Folge der Erhöhung der Mehrwertsteuer und den hohen Lebensmittel- und Energiekosten Rechnung. Gegenüber den derzeitigen, nicht mehr der gesellschaftlichen Realität entsprechenden Einkommensgrenzen, hat sich der Kostendruck auf prekär Beschäftigte und Arbeitslose dramatisch verschärft. Hinzu kommt, dass die Rentnerinnen und Rentner die gestiegenen Lebenshaltungskosten durch die vorangegangenen Nullrunden und die aktuelle, minimale „Rentenerhöhung“ nicht mehr ausgleichen können.

Die aktuelle Preisgestaltung des RMV betrifft Frankfurt-Pass-Inhaber überproportional. Der Preis für das Monatsticket im Stadtgebiet beträgt mittlerweile 49,70 Euro. Eine Erhöhung, die insbesondere die Frankfurterinnen und Frankfurter trifft, deren Finanzsituation ohnehin schon extrem angespannt ist. Eine verbilligte Monatskarte für diesen Personenkreis darf deshalb nicht mehr kosten als der Betrag, den der Gesetzgeber im Regelsatz ALG II für die Teilnahme am ÖPNV an Kosten vorsieht.

Zu 2.: Noch in der Verantwortung der Viererkoalition im Römer sind die Leistungen für Inhaber des Frankfurt-Passes aus Gründen der Haushaltskonsolidierung beschnitten worden. Mittlerweile ist die Stadt nahezu schuldenfrei und hat erhebliche Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer erwirtschaftet, die es problemlos ermöglichen, das Leistungsangebot des Frankfurt-Passes zu erweitern – zum Beispiel durch die grundsätzliche Kostenfreiheit für die Nutzung von Angeboten aus den Bereichen Bildung, Kultur und Sport.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:  
Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Silke Seitz  
Stv. Udo Mack  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Einstieg in das Projekt kommunale Vollbeschäftigung II:**

#### **Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen! –**

**Öffentlich gefördertes Beschäftigungsprogramm mit dauerhaften, tariflich bezahlten Arbeitsplätzen schaffen**

**Produktbereich:** 18 Soziales  
**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Der Magistrat wird aufgefordert, umgehend ein öffentlich gefördertes Beschäftigungsprogramm mit dauerhaften, tariflich bezahlten Arbeitsplätzen zu schaffen.
2. Die bestehenden Ein-Euro-Jobs („Frankfurt-Jobs“) werden in öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtig und tariflich entlohnte Arbeitsplätze umgewandelt.
3. Die für das Jahr 2008 bereitgestellten Mittel für kommunale Beschäftigungsmaßnahmen werden auf 10 Millionen Euro aufgestockt.

#### **Begründung:**

Der Arbeitsmarkt in Frankfurt ist weiterhin durch hohe Unterbeschäftigung gekennzeichnet. Quantitatives Wirtschaftswachstum ist schon lange keine Garantie mehr für ein Wachstum an neuen Arbeitsplätzen, sondern hat zunehmend zu einem Wachstum der Armut geführt. Im Oktober 2008 waren in Frankfurt-Stadt immer noch 27.163 Menschen offiziell arbeitslos gemeldet. Dies



**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**



entspricht einer Arbeitslosequote von 8,1 %. Der Anteil der langzeitarbeitslosen Frauen und Männer an allen registrierten Arbeitslosen in Frankfurt ist trotz der eher perspektivenlosen Ein-Euro-Jobs („Frankfurt-Jobs“) weiterhin unvermindert hoch. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise lässt zudem im kommenden Jahr dramatische Auswirkungen auf den Frankfurter Arbeitsmarkt erwarten.

Die Forderung des ehemaligen Vorsitzenden der Geschäftsführung der Frankfurter Arbeitsagentur, Hans-Peter Griesheimer, einen 2. und 3. Arbeitsmarkt einzurichten, ist deshalb aktueller denn je. (Zitat von Hans-Peter Griesheimer aus dem Arbeitsmarktsbericht der Frankfurter Arbeitsagentur vom Oktober 2006 (Seite 3): *„Dass wir bei der Integration von Langzeitarbeitslosen keine nennenswerten Fortschritte gemacht haben, gehört zu den Kernproblemen der Arbeitslosigkeit. Wenn sich auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Perspektive für diese Personengruppe findet, muss konsequenter als bisher über alternative Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem 2. und 3. Arbeitsmarkt nachgedacht werden.“*)

Ohne ausreichende, die Existenz sichernde und tariflich bezahlte Arbeitsplätze für ihre Bürgerinnen und Bürger sind Kommunen auf Dauer aber nicht lebens- und zukunftsfähig. Insbesondere Langzeitarbeitslose haben derzeit so gut wie keine Chancen auf dem „ersten“ Arbeitsmarkt. Gleichzeitig werden gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten im sozialen und ökologischen Bereich nicht erledigt. Deshalb muss auf kommunaler Ebene umgehend ein qualitatives öffentlich gefördertes Beschäftigungsprogramm geschaffen werden. Auch über mehrere Jahre bis zum Rentenübergang soll eine als sinnvoll empfundene Beschäftigung angeboten werden.

Ein Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung über mehrere Jahre ermöglicht benachteiligten Personengruppen ihren Lebensunterhalt durch Existenz sichernde Erwerbseinkommen zu bestreiten. Dies ist nicht nur ein Beitrag zur Armutsvermeidung, sondern auch zur aktiven sozialen und kulturellen Teilhabe an der Gesellschaft. Dies kann allerdings die Heranziehung von Langzeitarbeitslosen zu sozialrechtlichen Tätigkeiten in Form entwürdigender Ein-Euro-Jobs als „Gegenleistung“ für erhaltene Sozialleistungen (sog. Workfare) nicht leisten, da die betreffenden Menschen de facto weiterhin arbeitslos sind und auf Hartz IV-Transferleistungen angewiesen bleiben und zudem im Vergleich zu regulär beschäftigten Arbeitnehmer/innen diskriminiert sind. Die bereits bestehenden Ein-Euro-Jobs werden deshalb umgehend in öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtig und tariflich entlohnte Arbeitsplätze umgewandelt.

Öffentlich geförderte Vollzeitbeschäftigung in sozialversicherungspflichtiger Form ist nur mit relativ geringen volkswirtschaftlichen Mehrkosten im Vergleich zu passiven Sozialleistungen verbunden. Dies hat auch der Bundesrechnungshof in seinem Prüfbericht zur Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (VI 6/V 12 -2006-1219) vom Mai 2006 festgestellt. Zudem werden durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zusätzliche Steuereinnahmen und Beiträge in die Sozialversicherung erzeugt.

Durch den Rückgang der traditionellen Erwerbsarbeit und durch das Entstehen neuer Bedürfnisse der Generationen wächst der Bedarf nach qualifizierter Tätigkeit im sozialen und kulturellen Bereich sehr stark an. DIE LINKE. fordert deshalb, vorrangig im sozialen und kulturellen Bereich ein öffentlich gefördertes Beschäftigungsprogramm mit dauerhaften tariflich bezahlten Vollzeitarbeitsplätzen zu schaffen. Hunderte unbefristeter, tariflich entlohnter und sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse bei Vereinen, Projekten und Initiativen im Gesundheits-, Sozial-, Umwelt- und Kulturbereich könnten auf diese Weise entstehen.

- Gemeinnützige Aufgaben werden verwirklicht, die kein privatwirtschaftlicher Anbieter übernimmt. Ein Beispiel wäre ein Projekt "Nachbarschaftshilfe". In diesem Projekt würde sozial Bedürftigen, Rentnern, Kranken und Hilfesuchenden Dienstleistungen angeboten, wie kleine Reparaturen im Haushalt, Besorgungen, Begleitsdienste, Gesellschaft leisten, einfache Pflege und Handreichungen.
- Projekte zur Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorge, z.B. Agenturen für Stadtteilkultur, multikulturelle Initiativen, psychosoziale Beratungsdienste, Jugend und Freizeitprojekte, Breitensport-Agenturen, Wissenschafts- und Gesundheitsläden sind weitere Möglichkeiten. Bereits Vorhandenes kann ausgebaut und finanziell gestärkt werden.

Wir sind uns bewusst, dass mit solchen Maßnahmen allein die hohe Arbeitslosigkeit in Frankfurt nicht beseitigt werden kann. Die Hauptursache des stetigen Anstiegs der Arbeitslosigkeit ist der durch den technischen Fortschritt bedingte hohe Anstieg der Arbeitsproduktivität und die niedrige Nachfrage, bedingt durch die gesunkenen Reallohneinkommen.

## **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Silke Seitz  
Stv. Udo Mack  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Zehra Ayyildiz

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Einstieg in das Projekt kommunale Vollbeschäftigung III: „Stadtteihelfer“ (ehemals „Ortsdiener“) in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln!**

**Produktbereich:** 18 Soziales  
**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Alle derzeit als sog. „Stadtteihelfer“ (ehemals „Ortsdiener“) tätigen Menschen, erhalten sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen der geltenden tarifvertraglichen Vereinbarungen. Die zuständige Verwaltung bietet diesen Mitarbeitern betreute Fort- und Weiterbildungsangebote und erweitert deren Aufgaben- und Kompetenzbereiche. Ziel soll die Überführung aller Stadtteihelfer in kommunaler Existenz sichernder Vollbeschäftigung sein, die dann neben Reinigungsaufgaben auch kleinere Reparaturen übernehmen und als Ansprechpartner der Menschen im Stadtteil fungieren sollen.

Die erforderlichen Mittel hierfür werden im Haushalt bereitgestellt.

#### **Begründung:**

Der durchaus sinnvolle Ansatz, Langzeitarbeitslosen als „Stadtteihelfer“ neue kommunale Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen und gleichzeitig den Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen direkt vor Ort dadurch Ansprechpartner der Verwaltung anzubieten, wird durch die Wahrnehmung dieser Aufgaben durch Ein-Euro-Jobber konterkariert. De facto bleiben diese Menschen ja weiterhin arbeitslos, sie verschwinden lediglich für einen absehbaren Zeitraum aus der so wissentlich verfälschten Arbeitslosenstatistik, ohne eine wirkliche Perspektive für ein selbstbestimmtes Leben aus eigener Existenz sichernder Erwerbsarbeit zu erhalten. Zusätzlich werden die „Stadtteihelfer“ derzeit noch durch eine einheitliche Uniform, die sie für jedermann als Ein-Euro-Jobber erkennen lässt, zusätzlich stigmatisiert.

Den in diesem Bereich Beschäftigten muss, statt einer entwürdigenden Ausbeutung als weiterhin von Hartz IV-Transferleistungen abhängige Ein-Euro-Jobber, die Möglichkeit der betreuten Kompetenzerweiterung und Weiterqualifizierung in kommunaler, Existenz sichernder

Vollbeschäftigung gegeben werden. Ihnen können hierdurch weitere Aufgabenbereiche übertragen werden und sie können sich langfristig eine berufliche Perspektive aufbauen. Hiervon profitieren sowohl die Menschen in den Stadtteilen als auch die in diesen Maßnahmen beschäftigten Langzeitarbeitslosen.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reiningger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Silke Seitz  
Stv. Udo Mack  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

### **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

#### **Förderbetrag für das Frankfurter Arbeitslosenzentrum e. V. (FALZ) auf 275.000 Euro (Personalkosten 235.000 Euro, Sachmittel 40.000 Euro) aufstocken**

**Produktbereich:** 18 Soziales  
**Produktgruppe:** 18.01 Zuschüsse

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der jährliche Förderbetrag an das Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. (FALZ) wird von 210.000 Euro auf 275.000 Euro aufgestockt. Diese Erhöhung ist erforderlich, damit die Ausübung der Rechts- und Schuldnerberatung nach SGB II/III und dem SGB XII in der Beratungsstelle im bisherigen Umfang aufrecht erhalten werden kann.

#### **Begründung:**

Die Einführung der Grundsicherung für Arbeitslose, sowie die Eingliederung des bisherigen Sozialhilferechtes in das Sozialgesetzbuch stellen insbesondere nach den aktuellen Gesetzesänderungen auch weiterhin eine besondere Herausforderung für Behörden, Berater und Berechtigte dar.

Im Jahr 2006 waren drei weitere gravierende und viele kleinere Veränderungen im Leistungsrecht zu verzeichnen. Nur sehr langsam trugen die ersten obergerichtlichen Urteile Ende 2006 zu einer Klärung der Rechtslage bei. Bei allen Beteiligten besteht nach wie vor eine große Verunsicherung, es ist ein ungebremst hoher Beratungsbedarf festzustellen.

Die Sozialberatung im Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. FALZ umfasst insbesondere Fragen zum SGB II, III und XII sowie Fragen, die sich im Zusammenhang mit den Anliegen von Jugendlichen zur Ausbildungsplatzsuche, Berufsorientierung und Existenzsicherung ergeben.

Das Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. FALZ übernimmt in zahlreichen Fällen auch die psychosoziale Betreuung der Ratsuchenden.

Zudem unterstützt das Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. FALZ generell bei der Arbeitsplatzsuche und berät bei Existenzgründungsvorhaben.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

Die ersten Rückmeldungen der Betroffenen über die Umsetzung der neuen Gesetze deuteten zum Teil auf gravierende Fehlentwicklungen hin. Auch fünf Jahre nach Einführung der Grundsicherung für Arbeitslose sowie die Zusammenführung der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe spricht die hohe Zahl der Widerspruchs- und Anklageverfahren für die hohe Fehlerquote bei der Umsetzung von Hartz IV Gesetzen und der damit verbundenen Rechtsunsicherheit der Leistungsbezieher. Nach wie vor sind die Leistungsbescheide unübersichtlich, abschreckend und für die Mehrzahl der BezieherInnen nicht nachvollziehbar. Die mangelnde Transparenz ist für die LeistungsbezieherInnen belastend und führt zu Verunsicherung. Eine bemerkenswerte, unmittelbare Auswirkung des SGB II ist die Zunahme der Verschuldung bei den Leistungsberechtigten. Insbesondere durch den Wegfall der „einmaligen Beihilfen“ und die Darlehensvergabe nach § 23 SGB II geraten zwangsläufig fast alle BezieherInnen von ALG II in die Verschuldung.

Auch die derzeitige Handhabung der Einkommensanrechnung führt regelmäßig in die Verschuldung derjenigen, die ohnehin nicht über Existenz sichernde Einkommen verfügen. Laut Beratungsstatistik des Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. FALZ liegt bereits bei über 50 % der Ratsuchenden auch eine Verschuldungsproblematik vor. Um den Betroffenen die Aufteilung ihrer Lebenslage auf verschiedene Beratungsstellen zu ersparen, haben die BeraterInnen satzungsgemäß auf die neuen Inhalte durch das Anbieten einer integrierten Schuldnerberatung reagiert.

Bisher wurde die Beratung nach SGB II, III und XII sowie die darin integrierte Schuldnerberatung von drei MitarbeiterInnen durchgeführt. In 2008 war zu beobachten, dass immer häufiger Ratsuchende direkt von Sozialgericht bzw. Amtsgericht an das Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. FALZ verwiesen wurden. Es ist davon auszugehen, dass durch die bevorstehenden Änderungen des Beratungsgesetzes die Beratung im FALZ zukünftig noch mehr Zulauf erfahren wird. Diese Anforderungen wird das FALZ mit dem derzeitigen Personalschlüssel nicht bewältigen können. Um den Beratungsbedarf im Rahmen des SGB II, SGB III und SGB XII decken zu können, ist, die Fortsetzung dieser Arbeit auch in 2009 mit mindestens drei vollen Beraterstellen unerlässlich.

## **2. Finanzierung der Schuldnerberatung**

Die Schuldnerberatung im Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. FALZ arbeitet seit 1994 als eigenständiges, spezialisiertes Angebot, seit 1999 auch als Insolvenzberatungsstelle. Im Rahmen der städtischen Koordinierung der Schuldnerberatung ist das Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. FALZ für die Stadtteile Goldstein, Schwanheim und Niederrad alleine zuständig und deckt in diesen Stadtteilen die Schuldner- und Insolvenzberatung ab. Der Beratungsstelle stehen für diese Aufgabe Personalkosten für die eine hauptamtliche und eine Honorarkraft zur Verfügung.

Die erstmalig im Haushaltsjahr 2007 aus dem städtischen Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel für eine Verwaltungskraft wurden für 2008 nicht mehr bereitgestellt. Von daher konnte die Verwaltungskraft in 2008 nicht weiter finanziert werden, obwohl die Schuldner- und Insolvenzberatung gesetzlich zwingend eine Verwaltungskraft erfordert. Wie bereits im Antrag des Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. FALZ vom 26.10.2005 ausgeführt, fehlen dem Verein die Personalmittel für eine Verwaltungskraft.

Diese zu schwache finanzielle Ausstattung der Schuldnerberatung im Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. FALZ ist insbesondere unbefriedigend im Rahmen der Koordinierung der städtisch geförderten Schuldnerberatungsstellen, die sämtlich mit Mitteln für Beratungskräfte, Verwaltungskräfte und Sachmittel ausgestattet worden sind.

Da diese Ungleichbehandlung nicht hinnehmbar ist, ist der städtische Zuschuss entsprechend den personellen und sachlichen Ausstattungen der anderen Beratungsstellen zu orientieren.

### **3. Sachmittel / Höhere Miete**

Die für 2007 benötigten Sachmittel in Höhe von 40.000 Euro begründen sich im Wesentlichen durch die anstehende Mieterhöhung sowie den gestiegenen Ausgaben für Verwaltung, Porto, Telefon und sonstigen Sachmitteln.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Silke Seitz  
Stv. Udo Mack  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Zehra Ayyildiz

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Erhalt des Nachbarschaftszentrums Ostend**

**Produktbereich:** 18 Soziales  
**Produktgruppe:** 18.01 Sonstige Förderung der freien Wohlfahrtspflege

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Für den Erhalt des Nachbarschaftszentrums Ostend wird aus dem städtischen Haushalt eine Zuwendung in Höhe von 225.918 Euro zur Verfügung gestellt.

#### **Begründung:**

Das Nachbarschaftszentrum Ostend besteht seit fast 25 Jahren und arbeitet intensiv für die Belange der Bürgerinnen und Bürger im südlichen Ostend. Das Zentrum wird zur Begegnung, Beratung, Bildung und gesellschaftlichen Beteiligung weit genutzt. Hier werden Familienbildung, Seniorenarbeit und Zeittauschring von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern organisiert. Das Nachbarschaftszentrum ist nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger sondern auch für andere im Stadtteil arbeitende soziale Einrichtungen und das Sozialrathaus ein zuverlässiger Partner und unverzichtbar.

Das Mehrgenerationenprojekt ist nunmehr durch den Besitzerwechsel der Liegenschaft in seinem Weiterbestehen sehr stark gefährdet. Ein neuer Mietvertrag mit einem wesentlich höherem Mietzins und einer Staffelmiete sind schon angekündigt.

Seit Jahren hat es für das Nachbarschaftszentrum Ostend keine Kostenanpassung gegeben. Die mittlerweile rückläufigen Zuschüsse der Stadt Frankfurt können die Lohn- und Preissteigerungen für das Selbsthilfe- und Nachbarschaftszentrum Ostend nicht mehr auffangen. Die rückläufigen Zuschüsse gehen insbesondere auf Kosten der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ohne die beantragte Zuwendung ist die Existenz des Selbsthilfe- und Nachbarschaftszentrums Ostend und dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefährdet. Das darf im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Ostends und der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht sein, deshalb muss das Nachbarschaftszentrum Ostend gerettet werden.



**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger

Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Carmen Thiele

Stv. Silke Seitz

Stv. Udo Mack

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

### **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

#### **Dem erhöhten Beratungsbedarf Rechnung tragen – Sach- und Personalkostenzuschuss für den Verein Frauen helfen Frauen e.V. erhöhen**

**Produktbereich:** 18                      Soziales  
**Produktgruppe:** 18.01                Leistungen des Jugend- und Sozialamtes  
**Kostenstelle:** 1.18.01.25.01.000    Zuschüsse der freien Wohlfahrtspflege  
**Sachkonto:**                                Autonome Frauenhäuser

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der Personalkostenzuschuss muss um eine Sozialarbeiterinnenstelle aufgestockt werden (55.000 Euro). Der Sachkostenzuschuss muss um 10 Prozent erhöht werden, um die gestiegenen Kosten zu decken.

#### **Begründung:**

Die Höhe der Zuschüsse zu Personal- und Sachkosten ist in den letzten 10 Jahren nahezu unverändert geblieben, Tariferhöhungen konnten nicht gezahlt werden. Im Jahr 2002 mit Einführung des Gewaltschutzgesetzes wurde die Beratungsstelle von der Stadt Frankfurt mit zusätzlich 25.000 Euro bezuschusst. 2004 und 2005 musste der Verein Einbußen hinnehmen aufgrund der „Operation sichere Zukunft“ der hessischen Landesregierung. Diese Kürzungen der Zuschüsse des Landes Hessen wurden ab 2006 von der Stadt Frankfurt ausgeglichen. Auch wurden die ersten Zuschüsse für die Interventionsstelle von der Stadt Frankfurt bereitgestellt. Gleichzeitig hat sich sowohl in der Beratungs- und Interventionsstelle als auch im Frauenhaus der Personalbedarf erhöht.

#### **Begründung zum Bedarf in der Beratungs- und Interventionsstelle:**

Mit steigendem Bekanntheitsgrad der Beratungs- und Interventionsstelle hat sich auch die Nachfrage nach den Angeboten erhöht. Dies führt bei gleicher Personalausstattung zu längeren Wartezeiten für Frauen auf einen Beratungstermin. Begleitungen (z.B. zum Gericht in Sachen Gewaltschutzgesetz) der Frauen im Rahmen der Beratungstätigkeiten sind nicht möglich, werden aber nachgefragt. Zudem begründet sich der höhere Personalbedarf mit einer starken Zunahme bei der pro-aktiven Beratung (s.a. unten). Auch auf der Ebene der Vernetzung und Kooperation entsteht ein erhöhter Bedarf. Die Umsetzung des „Aktionsplanes des Landes Hessen zur

Bekämpfung der Gewalt im Häuslichen Bereich“ kann nur mit einer ausreichenden Finanzierung der Beratungs- und Interventionsstelle erfolgen und ist mit den bislang bereitgestellten Mitteln nicht zu leisten.

#### **Begründung zum Bedarf im Frauenhaus:**

Ein höherer Personalbedarf im Frauenhaus ergibt sich, zum einen in einer Verdichtung der Arbeitsanforderungen in der Arbeit mit den betroffenen Frauen im Frauenhaus und auch weil zusätzlich Aufgaben des Jobcenters wahrgenommen werden müssen (Alg II Anträge). Zum anderen im besonderen Unterstützungsbedarf für die Kinder im Frauenhaus. Diese Kinder sind oft über Jahre hinweg mit einer Vielzahl von Belastungsfaktoren aufgewachsen, haben die Gewalt miterlebt, waren selbst Gewalt ausgesetzt und sind damit auch Opfer von häuslicher Gewalt. Es leben meist so viele Kinder wie Frauen im Frauenhaus. Gruppen- und Einzelarbeit kann diesen Kindern helfen das Erlebte zu verarbeiten, das Leben im Frauenhaus zu erleichtern und Abstand zu finden von der gewaltgeprägten Familiensituation. Der Arbeit mit Mädchen und Jungen ist eine hohe gesellschaftliche Wichtigkeit und ein großer präventiver Gewinn zuzuschreiben. Um diese Arbeit optimal leisten zu können gibt es derzeit keine hinreichenden personellen Ressourcen.

#### **Begründung des erhöhten Personalbedarfs durch kontinuierlichen Anstieg der pro-aktiven Beratungen:**

Interventionsstellen sind Fachberatungsstellen als Teil des Hilfesystems bei häuslicher Gewalt. Bei einem Polizeieinsatz wegen Häuslicher Gewalt oder Anzeigenerstattung wird die Frau über die Möglichkeit einer Beratung durch eine Interventionsstelle informiert, mit einer Einwilligungserklärung erteilt sie ihr Einverständnis zur Kontaktaufnahme durch die Interventionsstelle (pro-aktive Kontaktaufnahme). Pro-aktive Beratung ist eine schnelle erste Hilfe zur Selbsthilfe. Sie erreicht betroffene Frauen in einer akuten Krisensituation und geht ihnen ein Stück entgegen auf dem Weg sich Hilfe zu holen. Wichtig dabei ist die kontinuierliche Schulung und Kooperation mit der Polizei und den KontaktbeamtInnen für häusliche Gewalt bei den einzelnen Polizeirevieren.

Zahlen zur pro-aktiven Beratungstätigkeit liegen seit Oktober 2003 vor, als das Angebot erstmals in Frankfurt auf Initiative von „Frauen helfen Frauen“ installiert wurde. 2007 wurde die Beratungsstelle von der Polizei nach Einsätzen in 43 Fällen informiert damit eine Kontaktaufnahme mit der betroffenen Frau erfolgen konnte. Von 2003 bis 2007 hat sich die pro-aktive Beratung kontinuierlich nach oben entwickelt, die pro-aktive Kontaktaufnahme hat sich von 2006 auf 2007 verdoppelt.

Der Verein Frauen helfen Frauen e.V. kann eine Kontaktaufnahme mit den betroffenen Frauen unter der Woche innerhalb von 24 Stunden gewährleisten, die Kapazitäten für weitergehende Beratungsgespräche sind allerdings nicht ausreichend. Nur mit mehr Personal ist eine bessere Versorgung der Frauen möglich. Auch ist davon auszugehen, dass sich die Zahlen weiter nach oben entwickeln.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Zehra Ayyildiz

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Silke Seitz

Stv. Udo Mack

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Unterstützung von Präventionsarbeit mit übergewichtigen Kindern und Jugendlichen**

**Produktbereich:** 19 Gesundheit  
**Produktgruppe:** 19.03 Kinder- und Jugendgesundheit

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Das Projekt „In Balance – gesund und fit“ zur Prävention von Übergewicht und Gesundheitsförderung des Frankfurter Vereins Balance wird mit 21.000 Euro aus dem städtischen Haushalt unterstützt.

#### **Begründung:**

Der Frankfurter Verein „Balance, Beratung und Therapie bei Essstörungen e.V.“ arbeitet seit vielen Jahren mit Kindern und Jugendlichen im Freizeitbereich. Er bietet damit eine sinnvolle Ergänzung zu dem Frankfurter Zentrum für Essstörungen, das sich um die Prävention in Schulen kümmert.

Die Zahl der übergewichtigen Kinder steigt stetig an. Laut der Deutschen Gesellschaft für Ernährung sind bereits jeder dritte Jugendliche und jedes fünfte Kind übergewichtig. Auch in Frankfurt gibt es Handlungsbedarf: 10 Prozent der Kinder aus deutschen Familien sind übergewichtig; bei Kinder aus türkischen Familien sind es sogar doppelt so viele. Zu den kurzfristigen Folgen wie Gallensteinen oder Diabetes, die Adipositas (Übergewicht) schon im Kindes- und Jugendalter haben kann, kommen die langfristigen wie Herz- und Kreislauferkrankungen sowie Gelenkschäden. Damit kommen auch hohe krankheitsbedingte Kosten auf die Krankenkassen und letztlich auf die Steuerzahler zu. Die Prävention sollte deshalb an erster Stelle stehen.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger

Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Carmen Thiele

Stv. Silke Seitz

Stv. Udo Mack

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

### Erhalt der Frankfurter Zeitschrift für Gemeindepsychiatrie

**Produktbereich:** 19 Gesundheit

**Produktgruppe:** 19.04 Psychiatrie

#### Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur Deckung der Personal- und Sachkosten für die Herausgabe der Zeitschrift „Treffpunkte - Frankfurter Zeitschrift für Gemeindepsychiatrie“ wird der Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e.V. aus dem städtischen Haushalt eine Zuwendung in Höhe von 6.500 Euro zur Verfügung gestellt.

#### Begründung:

Die Zeitschrift „Treffpunkte“ der Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie gibt es seit 1976. Während der vergangenen 32 Jahre hat sie sich zu einem notwendigen und informativen Medium in der Frankfurter Psychiatrieszene entwickelt. Sie greift aktuelle Themen wie Migration oder betriebliche Gesundheitsförderung auf und beleuchtet diejenigen Aspekte, die für die psychische Gesundheit der Menschen in einer Großstadt relevant sind. Sie richtet sich an die gesamte Bevölkerung Frankfurts. Indem sie über das Empfinden und die Sichtweise psychisch kranker Menschen informiert, leistet sie einen Beitrag zu deren Verständnis und trägt dazu bei, das eigenständige Leben psychisch kranker Menschen in der Gemeinschaft zu verbessern. Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich mit einer Auflage von 1400 Exemplaren.

Nachdem die Stadt Frankfurt die Herausgabe der Zeitschrift jahrelang bis zum Jahr 2004 mit Beträgen zwischen 10.000 Euro und 15.000 Euro unterstützt hat, hat sie diese Zuwendungen seit 2005 mit dem Hinweis auf Einsparungen eingestellt. Die Gesamtkosten für die Herstellung der Zeitschrift betragen rund 25.000 Euro. Die gemeinnützige Bürgerhilfe zahlt einen Teil davon aus eigenen Mitteln. Das reicht jedoch nicht, um den Fortbestand der Zeitschrift auf Dauer zu sichern.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

## **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Silke Seitz  
Stv. Udo Mack  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Zehra Ayyildiz





Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **AIDS-Hilfe Frankfurt e.V. - Erhöhung der städtischen Förderung**

**Produktbereich:** 19 Gesundheit  
**Produktgruppe:** 19.01 Infektionsschutz

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der jährliche städtische Förderbetrag für die AIDS-Hilfe Frankfurt e.V. wird um 75.000 Euro auf 645.068 Euro aufgestockt. Diese Erhöhung ist erforderlich, damit die AIDS-Hilfe Frankfurt e.V. ihr unverzichtbares Angebot im gewohnten Umfang aufrecht erhalten sowie die Tarifierhöhungen im TVÖD, nebst tariflichen Einmalzahlungen an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergeben kann und keine Stellenkürzungen zum Schaden ihrer Klienten vornehmen muss.

#### **Begründung:**

Die wertvolle Arbeit der Aids-Hilfe Frankfurt e.V. ist für unsere Großstadt unverzichtbar. Allerdings reichen die von der Stadt zur Verfügung gestellten Mittel nicht aus um die Ausgaben im Personalkostenbereich im kommenden Haushaltsjahr auf Grund der Tarifierhöhung (TVöD) im Öffentlichen Dienst im vollen Umfang auszugleichen.

Die AIDS-Hilfe Frankfurt e. V. hatte für die Tarifierhöhung 2008 von durchschnittlich 5,1 % im laufenden Jahr von den öffentlichen Zuwendern, auch von der Stadt Frankfurt, keinen Ausgleich in Form von Erhöhung der Zuschüsse erhalten. Da der Träger die Mehrkosten in Höhe von ca. 96.000 Euro nicht aufbringen konnte, mussten intern Stellen im prozentualen Umfang der Tarifierhöhung abgebaut werden. Bedauerlicherweise gingen diese Kürzungen zu Lasten des Angebots, denn die nunmehr zur Verfügung stehende Personalkapazität reichte zum vollständigen Erhalt des bisherigen Angebots nicht mehr aus.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

Weitere Stellenkürzungen sind ohne massive Einschränkung oder Schließung der Projekte und Angebote nicht mehr möglich.

Dies wäre allerdings vor dem Hintergrund, dass die Zahlen der Neuinfektionen, vor allem in den bundesrepublikanischen Großstädten, wieder angestiegen sind, HIV-infizierte Menschen in der Stadt länger leben und somit die Zahl der zu betreuenden Personen ständig ansteigt unverantwortlich. Um die qualitativ hochwertige Beratung und ambulante Versorgung der Menschen mit HIV und AIDS in Frankfurt durch die AIDS-Hilfe Frankfurt e.V. auch im kommenden Jahr sicherzustellen, ist eine Erhöhung der Zuschüsse um 75.000 Euro unumgänglich.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reiningger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Silke Seitz  
Stv. Udo Mack  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

**Etat Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer  
Gegen Rassismus und Antisemitismus AKTIV eintreten!**

**Produktbereich:** 20 Bildung  
**Produktgruppe:**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der Magistrat wird aufgefordert, eine Koordinierungsstelle innerhalb der Stadtverwaltung einzurichten, die in Schulen, Vereinen und Verbänden Projekte und Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus fördert und ausbaut. Hierfür werden ausreichend Mittel in den Etat eingestellt. Diese Koordinierungsstelle wird beauftragt, eine Bestandsaufnahme aller Projekte und Initiativen zu machen und dann ein Gesamtkonzept zu entwickeln. In diesem Gesamtkonzept sollen alle Projekte und Initiativen zu diesem Themengebiet gebündelt, koordiniert und nachhaltig weiterentwickelt werden.

**Begründung:**

Die Stadt Frankfurt muss in diesem sensiblen Bereich ihrer Verantwortung gerecht werden und ein Signal setzen, dass sie aktiv gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus eintritt. Angesichts der Tatsache, dass in den letzten Jahren permanent rassistische Gruppen versuchen, in Frankfurt Aufmärsche zu organisieren und Neonazis in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind, ist es dringend erforderlich, dass in diesem sensiblen Bereich die notwendige Bildungsarbeit geleistet und die Anstrengungen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus koordiniert werden. Antirassistische Arbeit sollte sich jedoch nicht auf offenkundig Rechtsextreme beschränken, sondern ein breiteres Spektrum einbeziehen. Denn Rassismus in all seinen Ausprägungen ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und muss bekämpft werden.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

## **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger

Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Silke Seitz

Stv. Udo Mack

Stv. Zehra Ayyildiz

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Schulen der Chancengleichheit I: Unentgeltlicher Mittagstisch für alle Schülerinnen und Schüler**

**Produktbereich:** 20 Bildung  
**Produktgruppe:** 20.01 Schulbetriebsmanagement

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Für die Essensversorgung werden die notwendigen Mittel in den Haushalt eingestellt, die es ermöglichen, dass Mittagstisch für alle Kinder unentgeltlich angeboten werden kann.

Die Essensversorgung wird über dezentrale Großküchen, die in den Regionen der Stadt angesiedelt sind, erfolgen. Die Vergabe der Leistung soll an verschiedene Frankfurter Träger vergeben werden, die entweder schon eigene Großküchen unterhalten, oder zeitnah solche Betriebe einrichten können. Bevorzugt werden Einrichtungen, die sich auf die Vermittlung von Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen („Angepasste Arbeit“) spezialisiert haben. Es dürfen hierbei keine prekären Beschäftigungsverhältnisse abgeschlossen werden.

#### **Begründung:**

Der Mittagstisch an unseren Schulen muss als Chance für eine gesunde und wertvolle Ernährung der Schülerinnen und Schüler begriffen werden. Das heißt: Die Kommune kann mit der kostenfreien Vergabe von gesundem und ausgewogenem Essen auf die Ernährung der Kinder Einfluss nehmen und so den negativen Folgen von schlechter und unausgewogener Kost entgegenwirken.

Dass Kinder aus Familien, die Leistungen nach SGB II und Hartz IV beziehen, nun 1 Euro pro Mahlzeit bezahlen sollen, ist leider angesichts der Einkommensverhältnisse immer noch zu viel. Außerdem gibt es zahlreiche Niedriglohnempfänger, die mit ihrem Einkommen minimal über dem Berechtigungseinkommen zum Frankfurt-Pass liegen und somit laut den vorgeschlagenen Kriterien keine Vergünstigung beim Schulessen erhalten.

Das Ansinnen vom Magistrat, dass es den Schulen, unterliegt zu prüfen, wer anspruchsberechtigt ist und wer nicht, ist schlicht ein Unding. Die Frankfurter Schulleiter beschweren sich ohnehin

schon über den Verwaltungsaufwand an ihren Schulen, der zu viele Kräfte bindet. Durch die Einführung von Unterrichtsgarantie plus wurde der Verwaltungsaufwand schon über die Machbarkeit ausgedehnt.

Für einen entgeltlosen Mittagstisch für alle Schülerinnen und Schüler spricht auch, dass es keine weitere Diskriminierung von derzeitig Anspruchsberechtigten gibt.

Das Angebot eines kostenfreien Mittagstisches für alle Kinder wird dazu führen, dass mehr Schülerinnen und Schüler von diesem Angebot Gebrauch machen.

Außerdem werden die dezentralen Großküchen die Qualität der Essensversorgung enorm anheben (siehe Antrag NR 1171 der Fraktion DIE LINKE. im Römer). In Frankfurt gibt es eine Reihe von Einrichtungen, die sehr gut in der Lage sind, eine dezentrale Essensversorgung in Frankfurt zu leisten. Die Vorteile, die sich für die Stadt ergeben, liegen auf der Hand: Am Ort ansässige, kleine Betriebe mit sozialem Anliegen werden aktiv einbezogen, um eine aktive kommunale Beschäftigungspolitik mit zu gestalten.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Silke Seitz

Stv. Udo Mack

Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Schulen der Chancengleichheit II: Schulmittelfonds einrichten - Lernmittelfreiheit realisieren**

**Produktbereich:** 20 Bildung  
**Produktgruppe:** 20.01 Schulbetriebsmanagement

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Es werden ausreichend Mittel in den Haushalt eingestellt, um an allen Schulen einen Schulmittelfonds einzurichten. Die Schulmaterialien werden unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten ausgesucht und über einen Zentraleinkauf bestellt und an den Schulen immer zum Schuljahresbeginn direkt ausgegeben.

#### **Begründung:**

Immer mehr Kinder und Jugendliche in Frankfurt leben in Armut. Mütter und Väter, die von Hartz IV leben und Familien, die trotz Arbeit zusätzlich ALG II in Anspruch nehmen müssen, können das Geld für Schulmittel nicht aufbringen. Das gilt nicht nur für Einschulungskinder, bei denen komplett alles angeschafft werden muss, sondern für alle Schulkinder. Im laufenden Schuljahr müssen die Eltern immer öfters Geld für die Schule bereithalten: Für Kopiergeld, zusätzliche Lernmaterialien, und alltägliche Gebrauchsgegenstände wie Radiergummi und Buntstifte. Wer selbst Kinder hat, weiß um die Kosten, die für Schule und Bildung anfallen.

Haushalte, in denen das Monatseinkommen bereits am Zwanzigsten zu Ende geht, können die Zusatzkosten für Schulmittel nicht aufbringen. Wenn Schulkinder unzureichend ausgestattet sind, können sie den üblichen Standard nicht erreichen und werden ihrer Chancengleichheit auf Zugang zur Bildung beraubt. Die Schulmaterialien werden über einen Zentraleinkauf besorgt, was einen enormen Preisvorteil schafft. Außerdem wird über dieses Instrument auch gewährleistet, dass die Hilfe bei den Schülerinnen und Schülern ankommt. Durch den zentralen Einkauf und die Einrichtung von Vergabestellen an den Schulen werden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, was gesamtwirtschaftlich einen weiteren Vorteil des Projektes darstellt.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Silke Seitz

Stv. Udo Mack

Stv. Zehra Ayyildiz





Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

### Volkshochschule – Zuschuss erhöhen KursleiterInnen brauchen dringend eine Erhöhung ihrer Honorare

**Produktbereich:** 20 Bildung  
**Produktgruppe:** 20.04 Förderung Jugend- und Erwachsenenbildung

#### Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Zuschussbetrag für die Volkshochschule Frankfurt am Main ist auf mindestens 9.000.000 Euro anzuheben.

#### Begründung:

Der Zuschussbetrag im Jahr 2008 für die VHS betrug 7,9 Millionen Euro.

#### 1. Kursangebot

Auch die Angebote, wie die Möglichkeit Hauptschulabschlüsse nachzuholen, haben eine hohe Nachfrage. Es ist sinnvoll, derartige Angebote auszuweiten, insbesondere, weil aufgrund der veränderten Gesetzeslage sich andere Träger zurückgezogen haben. Es muss gewährleistet werden, dass dieses Kernangebot der Erreichung schulischer Abschlüsse weiter gefördert wird. Zudem sind die Gebühren für Kursangebote für wirtschaftlich Benachteiligte zu hoch. Hier muss der VHS die Möglichkeit eingeräumt werden, diesen Bevölkerungsgruppen einen kostengünstigen oder gar kostenfreien Zugang einzuräumen.

#### 2. Honorare

Auch die Kursleiterinnen und Kursleiter benötigen dringend eine Erhöhung ihrer Honorare, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu decken. Pro Unterrichtseinheit erhält die überwiegende Mehrheit der Lehrkräfte ein Honorar von 20 Euro, das seit 2000 nicht mehr erhöht wurde. Dieses Honorar wird steuerlich veranlagt und ein Großteil der Kursleiterinnen und Kursleiter müssen die Altersvorsorge sowie die Krankenversicherung selbst finanzieren, sodass im Schnitt ein Nettoverdienst von 10 Euro übrig bleibt. Dies ist eine Bezahlung am Rande des Existenzminimums. Die freiberuflichen Kursleiterinnen und Kursleiter des Programmbereichs Deutsch als Fremdsprache (DaF) z. B. fordern eine Honorarerhöhung auf 29 Euro brutto pro

**Die Linke. Fraktion** im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)

Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)

Telefon (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

Stunde. Wenn die Stadt in öffentlichen Erklärungen ständig die Bedeutung des lebenslangen Lernens hervorhebt, dann sollte sie im Weiterbildungsbereich, der ihrer Verantwortung untersteht, die Lehrkräfte wenigstens entsprechend bezahlen. Gerade die im Programmbereich DaF tätigen Kursleiterinnen und Kursleiter leisten einen herausragenden Beitrag zur Integration von Migrantinnen und Migranten in unsere Stadtgesellschaft.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Silke Seitz

Stv. Udo Mack

Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

### Ballsporthalle in Höchst für Vereine und Schulen öffnen

**Produktbereich:** 21 Kultur, Freizeit, Sport  
**Produktgruppe:** 21.14 Sporthallen

#### Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Ballsporthalle in Frankfurt Höchst wird für Vereine und Schulen geöffnet.
2. Die dadurch entstehenden Kosten von ca. 100.000 bis 150.000 Euro wegen evtl. Mindereinnahmen werden in den Haushalt eingestellt.

#### Begründung:

Nicht nur im Frankfurter Westen kommt es immer wieder zu Einschränkungen der Sportvereine und des Schulsports, weil keine geeigneten Hallen zur Verfügung stehen.

Die Ballsporthalle war bereits früher gelegentlich als Sporthalle für Vereine nutzbar. Deshalb fordern wir die Öffnung für die Sportler vor Ort, auch außerhalb von Großveranstaltungen. Die dadurch entstehenden Mindereinnahmen durch möglicherweise eingeschränkte Nutzung durch Großveranstaltungen werden als Kosten in den Haushalt eingestellt. Sie kommen auch auf mehrere Jahre gerechnet immer noch wesentlich billiger als der Bau und der Betrieb einer weiteren Sporthalle.

Sport hat nicht nur einen hohen Stellenwert in Bezug auf die Gesundheit, sondern auch als soziale Betätigung. Gerade in einer Zeit, in der immer mehr Jugendliche keine Perspektive für ihre Zukunft haben, fällt der sportlichen Betätigung eine große Bedeutung zu. Das gleiche gilt für Erwachsene, die z.B. keinen Zugang zum Arbeitsleben finden. Sport ist für viele auch die einzige Möglichkeit für dauerhafte positive soziale Kontakte außerhalb der Familie.

*Die Linke. Fraktion* im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)

Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)

Telefon (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Silke Seitz

Stv. Udo Mack

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Einstieg in das Projekt kommunale Vollbeschäftigung IV:**

#### **Hausmeister für alle Schulen**

**Produktbereich:** 20. Bildung  
**Produktgruppe:** 20.01 Schulbetriebsmanagement

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Stadt schafft für alle Schulen einen Hausmeisterplatz. Die beschäftigten Hausmeister werden nach TVÖD Tarif bezahlt.

#### **Begründung:**

Mit der Schaffung von Hausmeisterstellen an allen Frankfurter Schulen werden neben dem Beschäftigungseffekt weitere sozialpolitische Ziele angesprochen. Zum einen bedeutet die Anwesenheit von Hausmeistern in den Schulen einen besseren Service für Lehrkräfte, Angestellte und Schüler. Darüber hinaus können Sporthallen von Schulen an Vereine günstig vermietet werden. Somit werden Vereine, die sich keine eigenen Hallen leisten können, in ihrer Arbeit unterstützt. Die positiven Effekte werden sich vor allem im Bereich Jugend- und Integrationsbereich auswirken.

Neben den Sporthallen können die Schulhöfe als Spielplätze genutzt werden, wenn ein Hausmeister als Aufsichtsperson den ganzen Tag anwesend ist. Die Aufsichtsrolle der Hausmeister hat zudem einen Nebeneffekt, der für das Gebäudemanagement erhebliche Kosteneinsparungen bedeutet. Schließlich kann der zunehmende Vandalismus an den Schulen durch die Hausmeister gestoppt und verhindert werden.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Silke Seitz

Stv. Udo Mack

Stv. Zehra Ayyildiz

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

**Solidarische Kommunalpolitik gegen Armut III:**

**Einrichtung einer „Frankfurter Kulturtafel“**

**Produktbereich:** 21 Kultur, Freizeit und Sport  
**Produktgruppe:** 21.01. Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Stadt Frankfurt richtet eine „Frankfurter Kulturtafel“ ein. Hierfür wird ein Betrag von 200.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Die „Frankfurter Kulturtafel“ soll die Teilhabe von Menschen mit geringen Einkommen am kulturellen Leben in der Stadt ermöglichen. Das Verfahren soll in folgenden Schritten realisiert werden:

1. Einen Tag vor einer Aufführung oder Veranstaltung einer städtischen oder stadt eigenen Kultureinrichtung – dies betrifft insbesondere Aufführungen an den städtischen Bühnen oder Ausstellungen in den städtischen Museen - gehen die verbleibenden Kartenkontingente (Restkarten) an die zentrale Verkaufsstelle „Kulturtafel“. Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt mit Frankfurt-Pass bzw. die im Bezug von Leistungen nach SGB II, SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz stehen sowie Heimbewohnerinnen und Heimbewohner können diese Karten zu einem symbolischen Preis von 1 Euro (Erwachsene) und 0,50 Euro (Kinder) erwerben. Reservierungen oder Vorbestellungen sind für diese Kontingente grundsätzlich nicht möglich.
2. In einer weiteren Projektstufe wird das Angebot nach Möglichkeit durch Kooperationen mit Privatanbietern ausgeweitet.

3. Der Verkauf und die Distribution der Kontingente werden durch die bestehende Infrastruktur und Vorverkaufsstellen abgedeckt, eine weitere Stelle zur Koordinierung und
4. zur Gewinnung weiterer Kooperationspartner wird direkt beim Kulturdezernat geschaffen.

### **Begründung:**

Ähnliche Projekte in vergleichbaren Großstädten erfolgreich etabliert (bspw. in Berlin). Mit einem geringen finanziellen Aufwand ist hier eine wirkliche „Win-Win-Situation“ für alle Beteiligten zu erreichen: Wenn sich ein derartiges Projekt etabliert hat, profitieren hiervon Veranstalter und Besucher gleichermaßen.

Die durch Arbeitslosigkeit, ALG II, prekäre Beschäftigung und sinkende Renten in unserer Stadt sichtbar werdende Armut hat nicht nur materielle und gesundheitliche Folgen. Sie behindert ebenso die Teilnahme am kulturellen Leben. Dies wird von Betroffenen als diskriminierend und ausgrenzend empfunden. Die Einrichtung einer „Frankfurter Kulturtafel“ kann zwar diese Folgen nicht völlig ausgleichen, gibt aber – verbunden mit anderen Maßnahmen – Menschen mit geringen Einkommen zumindest die Möglichkeit im begrenzten Umfang an dem reichen Kulturangebot Frankfurts teilzuhaben.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Silke Seitz  
Stv. Udo Mack  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Zehra Ayyildiz





Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Zuschüsse an die Saalbau für Vereinsveranstaltungen erhöhen**

**Produktbereich:** 21 Kultur, Freizeit und Sport  
**Produktgruppe:** 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der Zuschuss für die Förderung von Veranstaltungen von Vereinen in den Gemeinschaftshäusern der Saalbau GmbH wird von 5.706.500 Euro auf 6.800.000 Euro angehoben.

#### **Begründung:**

In Frankfurt sind mehr als 360.000 BürgerInnen in Vereinen organisiert. Niemand kann bestreiten, dass Vereine einen wesentlichen Beitrag für das Zusammenleben und die Integration leisten. Eine wichtige Grundlage der Aktivitäten von Vereinen ist die Nutzung der Gemeinschaftshäuser der Saalbau GmbH. Die Stadt Frankfurt unterstützt die Aktivitäten von Vereinen durch einen Zuschuss, sodass die Vereine einen geringen Eigenanteil entrichten müssen.

Allerdings ist der Zuschuss an die Vereine für die Raumanmietung in den Häusern der Saalbau GmbH auf einen jährlichen Betrag von 5,7 Mio. EURO begrenzt. In der praktischen Anwendung wurde seitens der Saalbau GmbH von den Vereinen trotz Überschreitung des Zuschusses weiterhin der Eigenanteil gefordert. Die Überschreitung des Zuschusses betrug nach Angaben der Saalbau 690.000 Euro in 2007. Für das laufende Jahr wird eine Überschreitung von 900.000 Euro erwartet. In 2009 wird eine Überschreitung des Zuschussbudgets um 1 Million Euro prognostiziert.

Die Stadt hat durch dieses kulante Vorgehen Zuschüsse zu Lasten der Saalbau GmbH eingespart und dadurch einen Vermögensvorteil erworben. D.h. die Saalbau GmbH hat durch den Verzicht auf den vollen Mietpreis nach Überschreitung des Zuschusses eine verdeckte Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin Stadt Frankfurt getätigt. Wegen der neuen Konzernstruktur der ABG Frankfurt Holding führt die verdeckte Gewinnausschüttung jedoch zu einer steuerlichen Belastung von 200.000 bis 250.000 Euro im Jahr.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

Damit die aus der Überschreitung der Zuschüsse resultierende Steuerlast vermieden wird, soll die Übervermietung über den von der Stadt genehmigten Zuschuss verhindert werden.

Dies bedeutet für die Vereine, dass ihnen der komplett anfallende Mietbetrag in Rechnung gestellt wird. Besonders kleine Vereine werden dadurch an den Rand der Zahlungsunfähigkeit getrieben, sollten sie ihre Veranstaltungen wie bisher durchführen wollen. Folge wäre eine erhebliche Einschränkung des Sport- und Kulturangebots in der Stadt.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Silke Seitz  
Stv. Udo Mack  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Zuschuss für den Philharmonischen Verein der Sinti und Roma**

**Produktbereich:** 21 Kultur, Freizeit, Sport  
**Produktgruppe:** 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der Philharmonische Verein der Sinti und Roma wird zur Förderung der Musikkultur sowie seiner kulturpolitischen Initiative im Jahr 2009 mit 75.000 Euro unterstützt.

#### **Begründung:**

Der Philharmonische Verein der Sinti und Roma Frankfurt hat sich seit 2001 zum Ziel gesetzt, das musikalische Erbe der Sinti und Roma zu pflegen. Dabei geht es der Organisation nicht nur darum, in ihren eigenen Kulturkreis hineinzuwirken, sondern auch anderen Kulturen ihre Musik nahezubringen. Sowohl kultur- als auch integrationspolitisch ist diese in Frankfurt einzigartige Initiative äußerst unterstützenswert. Dass ihr Engagement bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt, zeigen die mit 500 Besuchern ausverkauften Konzerte auf der städtischen Bühne im Bockenheimer Depot in den Jahren 2006 und 2007.

Die Stadt Frankfurt hat dem Verein eine von Projekt zu Projekt erneut zu beantragende Unterstützung zugesagt. Die Höhe der finanziellen Zuwendung ist dem Verein im Vorfeld seiner Konzerte unbekannt. Trotz dieser unsicheren Einkommen fanden im Jahr 2008 drei Konzerte statt. Im Jahr 2009 sollen es vier werden; darüber hinaus plant der Verein, Musikunterricht für Kinder anzubieten. Die unsichere finanzielle Lage macht es den Organisatoren jedoch unmöglich, ein Jahresprogramm langfristig im Voraus zu planen. Das ist allerdings die Voraussetzung für ein wirksames Marketing. Der Erfolg der Konzertreihe und damit der Fortbestand des Philharmonischen Vereins hängen von einer beständigen finanziellen Unterstützung ab. Das sollte der Stadt Frankfurt umso mehr am Herzen liegen, als dass sie mit ihrem finanziellen Engagement einen Beitrag leisten würde für das Verständnis einer kulturellen Minderheit, die während der Nazi-Diktatur verfolgt und ermordet wurde. Auch heute noch kämpfen die Roma und Sinti gegen tief in der Gesellschaft verankerte Vorurteile. Es sollte unser aller Ziel, diese abzubauen helfen.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger

Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Carmen Thiele

Stv. Silke Seitz

Stv. Udo Mack

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Erhöhung des jährlichen Zuschusses für die Ernst-May-Gesellschaft**

**Produktbereich:** 21 Kultur, Freizeit, Sport  
**Produktgruppe:** 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der jährliche Zuschuss für die Ernst-May-Gesellschaft aus dem Kulturhaushalt der Stadt Frankfurt wird von 20.000 Euro auf 30.000 Euro erhöht.

#### **Begründung:**

Die Ernst-May-Gesellschaft wurde im Januar 2003 von Architekten und Kunsthistorikern gegründet, mit dem Ziel das einzigartige Werk Ernst Mays und seiner Mitarbeiter - seinem internationalen Rang entsprechend - zu bewahren und zu dokumentieren. Ernst May hat als Stadtbaurat von 1925 -1930 rund 12.000 Wohnungen und Einzelprojekte in Frankfurt am Main realisiert.

Die Ernst-May-Gesellschaft hat sich zum Ziel gesetzt, das von der ABG-Holding angemietete Siedlungshaus Im Burgfeld 136, Frankfurt am Main-Römerstadt und den dazugehörenden Hausgarten denkmalgerecht in seinem historischen Kontext zu restaurieren und als Informations- und Dokumentationszentrum für die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger und Architekturinteressierte aus aller Welt einzurichten. Die Fertigstellung des ambitionierten Projektes ist für das Jahr 2010 geplant.

Der bisherige städtische Zuschuss in Höhe von 20.000 Euro wird insbesondere für Mietzahlungen und Nebenkosten sowie für Verwaltungskosten und Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich tätige Mitarbeiter verwendet.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

Das große Interesse aus der Bevölkerung und die ständig steigende Nachfrage nach Informationen, Bildern und Führungen zum Thema „Ernst May und das Neue Frankfurt“ kann jedoch nicht mehr ausschließlich durch ehrenamtliche Mitarbeiter geleistet werden. Der erhöhte Zuschuss in Höhe von zusätzlichen 10.000 Euro soll der Finanzierung einer Teilzeitkraft für die Betreuung des Informations- und Dokumentationszentrums im Ernst-May-Haus dienen.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Silke Seitz  
Stv. Udo Mack  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Zehra Ayyildiz

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **20.000 Quadratmeter Solarzellen jährlich**

**Produktbereich:** 22 Umwelt  
**Produktgruppe:** 22.04 Energie- und Klimaschutz

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Im Rahmen der Kampagne *SolarLokal*, der die Stadt Frankfurt nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung § 1491 vom 01.03. 2007 beigetreten ist, errichtet die Stadt 2.000 Quadratmeter Solarzellen auf den Dächern stadt-eigener Einrichtungen und stadtnaher Gesellschaften. Gemäß dem Anliegen der Kampagne werden hierfür lokale Handwerksbetriebe beauftragt. Hierfür sind entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen. Die Investition wird fortgeschrieben, bis das Potenzial der Frankfurter Dächer ausgeschöpft ist.

#### **Begründung:**

Ausdrücklich begrüßen wir die Entscheidung, geeignete Dachflächen öffentlicher Gebäude in Frankfurt für Photovoltaikanlagen zur Verfügung zu stellen und sog. Bürgerkraftwerke zu ermöglichen (§ 1491, 01.03. 2007), geht diese Idee doch auf den Antrag *Klimaschutz durch Solarstrom* (Nr. 246, 18.12. 2006) der Fraktion DIE LINKE. im Römer zurück. Wie auch bereits in diesem Antrag gefordert, reicht es allerdings angesichts des Klimawandels nicht aus die rechtlichen und verwaltungstechnischen Möglichkeiten zu schaffen. Wollen wir in Frankfurt einen entscheidenden Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz leisten, muss die Stadt selbst, u.a. in Photovoltaikanlagen, investieren. 1990 hat die Stadt Frankfurt das Klima-Bündnis mitbegründet und hat sich verpflichtet, ihre CO<sub>2</sub>- Emission alle fünf Jahre um 10 % zu verringern sowie die Pro-Kopf-Emissionen (Basisjahr 1990) bis spätestens 2030 zu halbieren. Ein probates Mittel dieses Ziel zu erreichen, ist die Förderung von erneuerbaren Energien wie z.B. den Bau von Solarstromanlagen. Wir begrüßen ausdrücklich die neuesten Photovoltaik-Projekte von Mainova und der Wohnungsgesellschaft ABG Frankfurt Holding. Die geforderten 20.000 Quadratmeter Solarzellen entsprechen einer installierten Leistung von ca. 2.000 kW.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger

Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Udo Mack

Stv. Silke Seitz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz





Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

### Fassadenbegrünung und 1.000 Bäume für ein gutes Stadtklima

**Produktbereich:** 22 Umwelt  
**Produktgruppe:** 22.01 Umweltplanung und Umweltservice

#### Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Biotopkartierung der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft entwickelt die Stadt ein Konzept zur Fassadenbegrünung. Die Planungsmittel für die AG Biotopkartierung und der beteiligten städtischen Ämter sind in den Haushalt einzustellen.
2. Die Stadt legt ein Förderprogramm zur Fassadenbegrünung auf.
3. Die Bepflanzung aller mit Straßenbäumen schlecht ausgestatteten Straßenzüge, besonders der Hauptverkehrsstraßen im innerstädtischen Bereich wird intensiviert.
4. Für die Fassadenbegrünung sowie die Baumpflanzungen im städtischen Raum werden die Mittel in 2009 um 1 Mio. Euro erhöht.

#### Begründung:

Stadtbäume und Fassadenbegrünung sind unter ökologischen Aspekten ein wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Besonders bei einer, durch den Klimawandel bedingten Temperaturerhöhung in hoch versiegelten urbanen Bereichen wirken Bäume und Fassadenbegrünung mikroklimatisch ausgleichend

- sie verhindern ein zu starkes Aufheizen von Straßenschluchten mit hoher Strahlungsintensität in den Sommermonaten
- sie tragen zu einer höheren Luftfeuchtigkeit bei
- sie haben eine Filterwirkung für Staubpartikel
- sie erhöhen den Anteil an Sauerstoff

**Die Linke. Fraktion** im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)

Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)

Telefon (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

- sie wirken Lärm mindernd

Eine Begrünung von Straßen und Gebäuden trägt zur Steigerung der Lebensqualität in Frankfurt bei. Aufgrund der unzweifelhaft ökologisch und stadtklimatisch positiven Effekte muss in den nächsten Jahren der Anteil des städtischen Grüns in Frankfurt, besonders der Anteil der Bäume und der begrünten Fassaden stark erhöht werden. Hierzu sollen nicht nur mehr Straßenbäume gepflanzt werden. Zur Verbesserung des Stadtklimas soll die Stadt ein Förderprogramm zur Fassadenbegrünung auflegen, durch das Gebäudeeigentümerinnen und Eigentümer bei der Planung und Umsetzung beraten und finanzielle Anreize gegeben werden.

Die für den Haushalt 2009 beantragten Mittel stellen lediglich den Anfang einer ökologischen Umgestaltung unserer Stadt dar.

Eine lebenswerte Stadt für Alle!

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Udo Mack

Stv. Silke Seitz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

## Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

### Die Zukunft des Frankfurter Stadtwaldes nachhaltig sichern

**Produktbereich:** 22 Umwelt  
**Produktgruppe:** 22.07 Stadtforst

#### Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur Erhaltung des Frankfurter Stadtwaldes in seinen Funktionen als Naherholungsgebiet, Kalt- und Frischluftgebiet, Wasserspeicher und als forstlich nutzbarer Wald wird in die drei zentralen Bereiche Waldbau, Ausbildung und Wegebau investiert.

1. Für den Waldbau werden, zusätzlich zu den vorhandenen Mitteln, über einen Zeitraum von wenigstens 10 Jahren jährlich 200.000 Euro in den Haushalt eingestellt.
2. Für die Ausbildung qualifizierter und mit den örtlichen Gegebenheiten vertrauter Forstwirte sind für die nächsten drei Jahre 60.000 Euro pro Jahr in den Haushalt einzustellen.
3. Zur Instandhaltung und Pflege des vorhanden Wegenetzes werden in den Jahren 2009 bis 2011 jährlich 100.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

#### Begründung:

Schadstoffeinträge und Klimawandel verändern den Frankfurter Stadtwald seit Jahrzehnten. Wie die *Waldschadenserhebung des Grünflächenamtes der Stadt Frankfurt* aus 2006 dokumentiert, kommt es zum flächenhaften Absterben des Waldes in Folge extrem trockener Sommer. Nicht zuletzt aufgrund des hohen Schadstoffeintrages sind die Bäume im Rhein-Main-Gebiet stärker geschädigt als in anderen hessischen Regionen. Das Grünflächenamt diagnostiziert für Frankfurt Handlungsbedarf: „Für die Zukunft muss ein Konzept entwickelt werden, um das flächenhafte Absterben weiterer Waldteile zu verhindern. Dies bedeutet auch die Bereitstellung notwendiger Mittel zur Finanzierung der Maßnahmen“ (ebd.). Der Zustandsbericht für den Frankfurter Stadtwald ist alarmierend, wie aktuell der Frankfurter Neuen Presse vom 1. Dezember 2008 zu entnehmen war. Buchen und Eichen sind unverändert krank, der Kiefer geht es in diesem Jahr sogar deutlich schlechter.

**Die Linke. Fraktion** im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)

Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)

Telefon (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

Wenn der Stadtwald auch in Zukunft noch forstlich und als bewaldetes Naherholungsgebiet genutzt werden soll und darüber hinaus die für uns wichtigen ökologischen Funktionen (z.B. Frischluftherzeugung, Wasserfilter- und Wasserhaltefunktion) erhalten werden sollen, muss zu allererst eine konsequente Klimaschutzpolitik betrieben werden. Da aber ein Temperaturanstieg bereits stattfindet, müssen wir in Frankfurt jetzt in die zentralen Bereiche Waldbau, Ausbildung und Wegebau investieren.

### **1. Waldbau**

Mit den vorhandenen Finanzmitteln können nur die aktuellen Schäden behoben, aber kein Beitrag zum langfristigen Erhalt des Stadtwaldes geleistet werden. Zur Unterstützung der Naturverjüngung und zum Aufbau forstlich stabiler Mischbestände bedarf es eines Förderprogramms zur waldbaulichen Anpassung des Stadtwaldes an die Klimaveränderung in den nächsten 10 bis 15 Jahren. Die konkreten waldbaulichen Maßnahmen sind aus dem Rhein-Main-Walderhaltungsprogramm abzuleiten, welches derzeit von der *Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt* in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb *HESSEN-FORST* erarbeitet wird. Die Zukunftsinvestition in den Frankfurter Stadtwald muss in der nächsten Dekade mindestens 100.000 Euro jährlich betragen.

### **2. Ausbildung**

Für die kompetente Pflege eines Waldes sowie zur Betreuung und Durchführung der oben skizzierten Aufgaben braucht es gut ausgebildete Forstwirte. Sie müssen nicht nur über das nötige Fachwissen, sondern darüber hinaus auch über das spezifische, lokale Wissen verfügen. Soll dieses Wissen der langjährigen Mitarbeiter nicht verloren gehen muss es weiter gegeben werden. Auch hier wurden in den letzten Jahren entsprechende Investitionen versäumt. Die Stadt Frankfurt muss hier dringend in die Ausbildung investieren und in einem ersten Schritt drei Ausbildungsplätze für Forstwirte einrichten.

### **3. Wegebau**

In den letzten Jahren wurde zu wenig in den Wegebau investiert, was zu größeren Schäden, insbesondere an den Wegen mit wassergebundener Decke geführt hat. Zur Instandsetzung und Instandhaltung wird daher eine Summe von 100.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

## **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reiningger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Udo Mack  
Stv. Silke Seitz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

### **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

#### **Der Tag der Offenen Tür im Römer wird wieder eingeführt**

**Produktbereich:** 35 Zentrale Dienste  
**Produktgruppe:** 35.03 Städtische Kommunikation

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Der Tag der Offenen Tür im Römer wird ab sofort wieder regelmäßig jedes Jahr durchgeführt.
2. Der nächste Tag der Offenen Tür findet möglichst im Herbst 2009 statt.
3. Die Räumlichkeiten bieten einen barrierefreien Zugang.
4. Beim nächsten Tag der Offenen Tür erhalten neben den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, den Ortsbeiräten, den Ämtern und Institutionen der Stadt Frankfurt am Main, auch Initiativen aus den verschiedenen Bereichen bürgerschaftlichen Engagements, wie Kultur, Sport, Soziales, Bildung, Politik, Integration und Emanzipation von Minderheiten, Gelegenheit zur Darstellung ihrer Arbeit.

#### **Begründung:**

Bis zu seiner Abschaffung im Jahr 2003 war der Tag der Offenen Tür für die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger eine beliebte Gelegenheit, ihr Rathaus von innen zu sehen und zu ihren gewählten Vertreterinnen und Vertretern persönlichen Kontakt aufzunehmen.

Gerade in einer Zeit, in der mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger Politiker als abgehoben wahrnehmen und zunehmend den Wahlen fern bleiben, sind Veranstaltungen, die den Austausch der Bürgerinnen und Bürger mit der Kommunalpolitik und ihren Repräsentanten ermöglichen, besonders wichtig. Auch die erfolgreichen Veranstaltungen der Fraktion DIE LINKE. im Römer unter dem Motto „Tag der Offenen Tür“ zeigen das ein Bedarf unter den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt besteht.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger

Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Udo Mack

Stv. Silke Seitz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

### **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

#### **Unterstützung für die Deutsche Gesellschaft für Mauersegler**

**Produktbereich:** 35 Zentrale Dienste  
**Produktgruppe:** 35.01 Zentrale Serviceleistungen

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die *Deutsche Gesellschaft für Mauersegler e.V.* in Frankfurt am Main erhält einen städtischen Zuschuss in Höhe von 7.500 Euro.

#### **Begründung:**

Auch der Schutz von Tierarten im Stadtgebiet ist ein Beitrag zum Umweltschutz. Der Mauersegler (*Apus apus*) hat von der Urbanisierung im letzten Jahrhundert profitiert. Jedoch bieten moderne Fassaden weit weniger Brutplätze als ältere Gebäude. Der Bestand an Mauerseglern ist daher zurzeit rückläufig. Zur Stabilisierung der Mauerseglerpopulation leistet die Mauersegler-Station in Frankfurt einen wichtigen Beitrag. Darüber hinaus hat sie sich als Kompetenzzentrum und Fachklinik für Mauersegler europaweit einen hervorragenden Ruf erarbeitet. Alle Mitarbeiter arbeiten ehrenamtlich. Trotzdem ist die Arbeit der Station durch die Preissteigerungen bei Futtermittel und für den medizinischen Bedarf gefährdet. Die Rettung von jährlich mehreren hundert Mauerseglern sollte der Stadt den oben genannten Beitrag wert sein.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Silke Seitz  
Stv. Udo Mack  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Zehra Ayyildiz



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. Dezember 2008

### **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

#### **Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird von 460 auf 490 Punkte angehoben**

**Produktbereich:** 98 Zentrale Finanzwirtschaft  
**Produktgruppe:** 98.06 Steuern und steuerähnliche Einnahmen

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird von 460 Punkten auf 490 Punkte erhöht. Insoweit wird der Beschluss § 639 vom 14.09.2006 aufgehoben.
2. Es muss sichergestellt werden, dass die Gewerbesteuerhebesätze regional koordiniert und festgelegt werden. Der Magistrat wird beauftragt die Harmonisierung der Gewerbesteuerhebesätze zu initiieren.

#### **Begründung:**

Mit der Senkung des Hebesatzes hat die Stadt Frankfurt die Steuersenkungsspirale nach unten in der Region in Gang gesetzt. Dieser Wettbewerb ist für die gesamte Rhein-Main-Region schädlich. Es geht uns um die Stärkung der Finanzkraft der Kommunen zur Erfüllung der jetzigen und zukünftigen Aufgaben der Daseinsfürsorge.

Mit dem Umzug der Börse verliert Frankfurt nach jüngsten Angaben rund 120 Millionen Euro Gewerbesteuerereinnahmen. Eschborn gewinnt demnach rund 73 Millionen Euro im Jahr. Die Differenz von 47 Millionen Euro wandert in die Taschen der Aktionäre (Großaktionär ist ein "Heuschrecken"-Fonds) und Vorstände der Deutsche Börse AG. Dieser Betrag fehlt künftig für Schulen, Kinderbetreuung, Armutsbekämpfung, Kriminalitätsprävention und weitere dringliche öffentliche Aufgaben. Auch die vielfach vor allem von konservativ-liberaler Seite eingeforderte Schulden Tilgung rückt für die öffentliche Hand dadurch in weite Ferne.

Kommunalpolitik in der Rhein-Main-Region darf nicht an den Stadtgrenzen enden.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**



Nur die Großunternehmen und ihre Aktionäre profitieren, zusätzlich zu den umfangreichen Steuergeschenken durch die frühere SPD-Grünen-Koalition und jetzige Große Koalition im Bund.

Eine Steuererhöhung mag für manche angesichts der Rezessionsgefahren als kontraproduktiv erscheinen. Allerdings muss man sich die Gründe für den Abschwung vor Augen führen: Die Finanz- und Bankenkrise ist mitunter ein Resultat des Steuersenkungswettbewerbs. Durch die Steuergeschenke wurden die Banken und international agierenden Unternehmen erst in die Lage versetzt, ihre zusätzlichen Gewinne spekulativ an den Börsen einzusetzen. Nur ein geringer Teil dieser Gewinne wurde in Produktionsmittel investiert.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Silke Seitz

Stv. Udo Mack

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz